

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Bernd-Peter Lange

Neue Medien — alte Probleme?

Politische Weichenstellungen  
für die Zukunft der Kommunikation

Harald Stumpf

Ein Wachstumskonzept  
und seine Grenzen

Zum Bericht der Kommission  
für wirtschaftlichen  
und sozialen Wandel

B 32/77

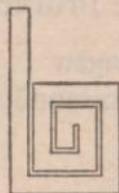
13. August 1977

Bernd-Peter Lange, Dr. iur., Diplom-Volkswirt, geb. 1938; seit Frühjahr 1973 ordentlicher Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Osnabrück; Mitglied der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) (Februar 1974 — Januar 1976).

Veröffentlichungen u. a.: zus. m. Jürgen-Hinrich Mendner, Heinz Berzau, Konzentrationspolitik in den USA. Gesetzgebung, Institutionen, Rechtsprechung und Auswirkungen, Tübingen 1972; mehrere Aufsätze zu Medienfragen, u. a.: Regelungsvorschläge zur Bekämpfung fortschreitender Konzentration im Pressewesen, in: Jörg Aufermann, Hans Bohrmann, Rolf Sülzer (Hrsg.), Gesellschaftliche Kommunikation und Information, Frankfurt 1973, S. 315 ff.; Kabelfernsehen — öffentlich-rechtlich?, in: Media-Perspektiven 12/75, S. 549 ff.; Kabelfernsehen-Pilotprojekte und KtK-Bericht, in: Media-Perspektiven 3/76, S. 93 ff.

Harald Stumpf, Dr. rer. nat., Professor für Theoretische Physik an der Universität Tübingen, geb. 1927; Studium der Mathematik und Physik in Heidelberg und Stuttgart; Arbeitsgebiete: Grundlagenforschung in der Halbleiterphysik mit Anwendungsmöglichkeit auf Halbleitertechnik, Laser, Supraleitung, biochemische Vorgänge; Grundlagenforschung in der Hochenergiephysik zur Aufklärung der Struktur der Materie.

Buchveröffentlichungen: Quantentheorie der Ionenkristalle, 1961; Elektrodynamik, 1973 (zus. m. W. Schuler); Thermodynamik I, 1975 (zus. m. A. Rieckers); Thermodynamik II, 1977 (zus. m. A. Rieckers). Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten. Für die Arbeitsgebiete charakteristisch: On the Theory of Electronic Processes in Ionic Crystal Semiconductors II, Phys. Cond. Matter 18, 217—248 (1974); Functional Relativistic Cluster Theory, Acta Phys. Austr. Suppl. IX, 195—255 (1972). Seit 1950 nebenberufliches Interesse an Problemen der Lebensreform. Seit 1967 öffentliche Vorträge darüber. Hauptvortrag: Überleben im Atomzeitalter, in: Technik und Wirtschaft im Unterricht 6, 2, 1974. Buchveröffentlichung: Leben und Überleben — Einführung in die Zivilisationsökologie, Stuttgart 1977<sup>2</sup>.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,  
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Neue Medien – alte Probleme?

## Politische Weichenstellungen für die Zukunft der Kommunikation

### I. Schlaglichter der medienpolitischen Diskussion

Die medienpolitische Diskussion, so wie sie sich in einigen Presseorganen etablierter Medienkonzerne darstellt, ist durchdrungen von einer heftigen Polemik gegen das öffentlich-rechtliche Fernsehen und das Postmonopol. So ist mit Bezug auf das Fernsehen die Rede vom „Medium ohne Botschaft“, von „Monopolanstalten“, „Parteienproporz“ und „Partei-buch-Journalisten“. Diese Faktoren seien verantwortlich für die „Publikumsverdrossenheit“<sup>1)</sup>. Über die Kommunikationsdienste der Deutschen Bundespost heißt es unter Verweis auf die Einführung des Zeittaktes für Ortsgespräche, sie nutze ihre Monopolstellung rigoros aus. Diese Auswüchse seien auf die fehlende privatwirtschaftliche Konkurrenz zurückzuführen.

Nicht an die große Glocke gehängt werden freilich die Probleme der Presse selbst, die zunehmende ökonomische und publizistische Konzentration mit den Folgen der wachsenden Abhängigkeit der Journalisten, der schrumpfenden Informations- und Meinungsvielfalt und der zunehmend reform-hemmenden politischen Ohnmacht gegenüber publizistischer Herrschaft.

In scharfem Kontrast zur vordergründigen Auseinandersetzung mit dem Fernsehen, hinter der sich manifeste parteipolitische und Verleger-Interessenstandpunkte verbergen, stehen die an Science-fiction-Romane erinnernden Visionen des zukünftigen Schlaraffenlandes technisch vermittelter Kommunikation. Da ist die Rede von Kabel- und Satellitenfernsehen, Pay-TV, Abonnement- und Münzfernsehen und offener Bürgerkommunikation, von Bildtelefon und Breitbanddialog, von elektronischer Redaktion, Faksimilezeitung und elektronischer Textkommunikation, von Videokassettenrecordern für jedermann und Bildplatten sowie schließlich von Pilot-

projekten, dem Test auf die Zukunft! Was ist gemeint? Wer entscheidet darüber, ob diese neuen Kommunikationsmöglichkeiten eingeführt werden? Wem werden sie nutzen? Was

#### INHALT

- I. Schlaglichter der medienpolitischen Diskussion
- II. Das heutige Mediengefüge der Bundesrepublik: eine optimale Infrastruktur für die Kommunikation?
  1. Fakten und Problemfelder bei den Medien der Individual- und Massenkommunikation
  2. Determinanten der weiteren Entwicklung
  3. Die alten Leitbilder: Realität oder Utopie bzw. Ideologie?
- III. Zukunftsperspektiven: Chancen und Gefahren
  1. Die neuen Möglichkeiten
    - Worin bestehen sie?
    - Wer treibt ihre Realisierung voran?
    - Wer setzt welche Rahmenbedingungen?
  2. Entscheidungsebenen — Entscheidungsträger
  3. Politische Dimensionen der Diskussion um den Rundfunk- und Pressebegriff
- IV. Medienpolitische Zielvorstellungen der „gesellschaftlich relevanten Gruppen“
  1. Vorschläge der KtK
  2. Vorstellungen der Bundesregierung
- V. Problemfelder, Prioritätsblöcke, Interdependenzen
  1. Fernsprechen
  2. Fernsehtexte
    - Bildschirmtext
    - Videotext
  3. Kabelfernsehen
  4. AV-Medien

<sup>1)</sup> Vgl. z. B. Klaus Müller-Neuhof, Das Elend des deutschen Fernsehens. Polemische Analyse eines Mediums ohne Botschaft, Bertelsmann-Briefe H. 90, 1977.

müssen der einzelne und die Gesellschaft dafür bezahlen? Neue Medien — neue Probleme?

- \* Die nachfolgenden Ausführungen sollen dazu dienen, die möglichen Entwicklungstrends im Mediengefüge der Bundesrepublik sichtbar zu machen, Interessenstandpunkte zu verdeutlichen und Rahmenbedingungen für politische Weichenstellungen aufzuzeigen. Dabei sollen die Ergebnisse der „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK“<sup>1a)</sup>), Vorstellungen der Bundesregierung<sup>2)</sup>, die Verlautbarungen der Bundeslän-

der und die Stellungnahmen der politischen Parteien, soweit solche vorhanden sind, kritisch analysiert werden. Neue Fragen — alte Antworten?

Die „neuen“ Medien werden aus den „alten“ heraus entwickelt. Die Träger der etablierten Medien haben „ihre“ Ansprüche angemeldet — und alle, alle sind beteiligt: Zeitungs- und Zeitschriftenverleger und Rundfunkanstalten, Schallplattenproduzenten und Film- und Fernsehateliers, nachrichtentechnische Industrie und Bundespost. Es soll daher zunächst die heutige Situation beschrieben werden.

## II. Das heutige Mediengefüge der Bundesrepublik: eine optimale Infrastruktur für die Kommunikation?

Menschliche Kommunikation kann ‚unvermittelt‘ von Angesicht zu Angesicht erfolgen oder aber technisch — über Medien — vermittelt werden.

„Nicht nur Hörfunk und Fernsehen, nicht nur Telefon und Fenschreiber, sondern auch Schallplatte, Tonband und Videoband, letztlich auch Zeitung und Zeitschrift sind Mittel technischer Kommunikation, die in ihrer Gesamtheit als das technische Kommunikationssystem verstanden werden können“<sup>3)</sup> — so muß der Ausgangspunkt einer Betrachtung des „intermedialen Gesamtzusammenhanges“, der Konkurrenz-, Koexistenz- und Kooperationsbeziehungen der einzelnen Medien<sup>4)</sup> lauten. Nur einen Teil des so beschriebenen technischen Kommunikationssystems bildet die Telekommunikation, d. h. die Kommunikationsformen mit Hilfe nachrichtentechnischer

Übertragungsverfahren, also besonders Fernsprechen, Fernhören (Radio) und Fernsehen. Alles, was nun der technischen Vermittlung der Kommunikation dient, alles was dazu beiträgt, Informationen, Meinungen, Unterhaltung etc. „an den Mann“ (und auch die Frau) zu bringen — sei es das Errichten und Betreiben der Fernsprechnetze durch die Post, sei es das Senden von Hörfunk- und Fernsehprogrammen durch die Post bzw. die Rundfunkanstalten, sei es das Unterhalten des Postzeitungsdienstes oder von Botendiensten zur Zeitungszustellung durch einzelne Verlage, oder sei es das Feilhalten von Presseerzeugnissen in Buchhandlungen — kann mit dem Begriff der kommunikativen Infrastruktur erfaßt werden. Sie stellt das verzweigte Kanalsystem dar, durch das die Informationsflut verteilt wird.

Die kommunikativen Infrastrukturleistungen können bewertet werden unter den Aspekten des chancengleichen Zugangs von seiten der Empfänger, des vielfältigen, auf die Bedürfnisse der Empfänger zugeschnittenen Angebots, der Flexibilität, mit der veränderten gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen Rechnung getragen wird, und der Effizienz, d. h. des Vergleichs von Kosten und Nutzen.

### 1. Fakten und Problemfelder bei den Medien der Individual- und Massenkommunikation

Ein Problemaufriß des heutigen Mediengefüges beginnt zweckmäßigerweise mit der technisch vermittelten Individualkommunikation, d. h. mit dem Telefon. Zur Verdeutlichung der Bedeutung des Fernsprechens zunächst einige

<sup>1a)</sup> Telekommunikationsbericht, 1976, hrsg. vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen.

<sup>2)</sup> Vorstellungen der Bundesregierung zum weiteren Ausbau des technischen Kommunikationssystems, hrsg. vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, 14. Juli 1976; auszugsweise abgedruckt in Media-Perspektiven, Heft 7/76, S. 329 ff. Im folgenden wird die vom Bundespostministerium herausgegebene Originalfassung zitiert.

<sup>3)</sup> Vorstellungen der Bundesregierung, a. a. O., S. 1. Die Bundesregierung beschränkt sich bei ihren Überlegungen und Zielprojektionen allerdings auf das Fernmeldewesen und hat damit die Chance der „Gesamtbetrachtung“ nicht genutzt.

<sup>4)</sup> Vgl. zur Entfaltung eines derartigen Ansatzes Ulrich Saxer, Zukünftige Funktionskonstellationen der Spezialmedien (Zeitschrift, Buch, Wort- bzw. Tonträger, Film, audio-visuelle Systeme), in: Christian Padrutt, Hermann Strehler, Hans Zollikofer jr. (Hrsg.), Die Zeitung auf dem Weg ins Jahr 2000, St. Gallen 1972, S. 124 ff.

Zahlen <sup>5)</sup>: 1960 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 3,3 Millionen Hauptanschlüsse, 1975 dagegen 13,2 Millionen <sup>6)</sup>. 54 % aller Personen wohnen in Haushalten mit einem Fernsprechananschluß. Die Streuung des Versorgungsgrades nach der Schichtung der Einkommen und des Lebensalters ist allerdings sehr ausgeprägt:

- einkommensschwache Familien Versorgungsgrad 21 %
- mittlere Schicht Versorgungsgrad 43 %
- einkommensstärkste Schicht Versorgungsgrad 88 %

Über 60jährige Personen sind mit Telefonen deutlich unterversorgt. Im internationalen Vergleich der Sprechstellendichte liegt die Bundesrepublik trotz der hohen Wachstumsraten der letzten Jahre weit hinter den USA, Schweden und der Schweiz an 14. Stelle. Der Nachholbedarf beim Telefon ist also evident. Dies ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil das Telefon in jedem Haus möglicherweise die Voraussetzung für die Einführung neuer Medien ist.

Bei den Massenkommunikationsmitteln, insbesondere bei Zeitungen, Zeitschriften, Hörfunk und Fernsehen, wird keine direkte Verbindung zwischen zwei Bürgern hergestellt, sondern von einer „Zentrale“ aus werden die „Massensendungen“ verteilt, ohne daß im gleichen Medium eine sofortige Rückäußerungsmöglichkeit besteht: Einbahnstraße ohne feed back?

In der Bundesrepublik werden täglich mehr als 20 Millionen Tageszeitungen verkauft. Während die Zahl der Zeitungen kontinuierlich zurückgegangen ist, hat sich diese Auflagenhöhe in den letzten zehn Jahren praktisch nicht verändert <sup>7)</sup>. Die verkaufte Auflage der Publikumszeitschriften hat dagegen beträchtlich zugenommen <sup>8)</sup>. Es gilt jedoch als immer schwieriger, neue Zeitschriften am Markt durchzusetzen <sup>9)</sup>. Marktsättigung bei der Presse? Expansionsprobleme für die Zeitungs- und Zeitschriftenverlage?

<sup>5)</sup> Telekommunikationsbericht der Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems, a. a. O., S. 31 f.

<sup>6)</sup> Inzwischen ist die Marke von 15 Mio. Hauptanschlüssen bereits überschritten.

<sup>7)</sup> Media-Perspektiven, Daten zur Mediensituation in der Bundesrepublik, 1975, S. 10.

<sup>8)</sup> Vgl. ebenda.

<sup>9)</sup> Trotz einer Investition von 10 Mio. DM erwies sich z. B. die von Gruner & Jahr herausgebrachte Zeitschrift „Leute“ als Flop, als Nieme am hartumkämpften Zeitschriftenmarkt.

1975 gab es rund 21 Millionen Hörfunk- und rund 19 Millionen Fernsehgenehmigungen. Auch hier haben sich die Zuwachsraten deutlich abgewächt <sup>10)</sup>. Hörfunkprogramme werden praktisch rund um die Uhr ausgestrahlt, Fernsehprogramme zwischen 7 und 9 Stunden täglich.

Trotz des vielfältigen Programmangebots ist in der Presse und besonders von der CDU/CSU aus von der Verdrossenheit des Publikums die Rede. Werden Wiederholungssendungen wirklich so stark abgelehnt? Ist die vielbeschworene Ausgewogenheit des Gesamtprogramms wirklich in Gefahr, parteipolitisch ausgehöhlt zu werden? Berechtigte Medienkritik oder egoistische Interessenverfolgung? Steht hinter der publizistischen Programmkritik der Versuch, das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem in der Bundesrepublik zu „kippen“? Privates Senden als Expansionsstrategie der Verleger? Privates Senden als Hilfsmittel der Opposition, wieder an die Macht zu kommen?

Generell ist zu fragen, ob und wieweit der einzelne Bürger in der Lage ist, die ihn insbesondere aus Presse, Rundfunk und Fernsehen überschwemmende Informationsflut zu verarbeiten. Sicher ist, daß bei der Fülle der täglichen nachrichtenträchtigen „Weltereignisse“ einerseits und der beschränkten Zeit und Aufnahmefähigkeit des einzelnen andererseits die Informationen und zu verbreitenden Meinungen ausgewählt, „vorsortiert“ und verarbeitet werden müssen. Dies ist besonders verantwortungsvoll, weil es nicht eine vorfindliche Realität gibt, die durch die Medien nur abgebildet und vermittelt wird, sondern gesellschaftliche Realität wird durch mediale Darstellung und Verbreitung erst hergestellt, „gemacht“.

Bequem im Sessel sitzend mit der Zeitung oder Zeitschrift in der Hand oder vor dem Fernsehschirm kann man das Welttheater betrachten. Eine solche Realität hat allenfalls Unterhaltungswert und verhindert politisches Engagement und Partizipation. Werden nun von den Medien die für den einzelnen relevanten Informationen und Meinungen, die für sein berufliches und sein Freizeitleben notwendigen, für seine private und gesellschaftliche Existenz erforderlichen Inhalte aufbereitet und verarbeitbar angeboten? Sinnvolle Kanalisierung der Informationsflut oder aber „Informationsverschmutzung“? Relevante Informationen und Meinungen zur gesellschaftlichen Orientierung oder sinnlose Überflut-

<sup>10)</sup> Media-Perspektiven, Daten zur Mediensituation in der Bundesrepublik, 1975, S. 1.

produktion? Entspannende und anregende Unterhaltung oder Verlockungen zum Eskapismus mit Bewußtseins- und Verhaltensschäden? Welches sind die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Mechanismen, die das Informations-, Meinungs- und Unterhaltungsangebot steuern? Welche Möglichkeiten hat der einzelne, haben die Gruppen der Gesellschaft, ihre Bedürfnisse und Interessen zu erkennen und auch den Medien gegenüber und in den Medien zu artikulieren und durchzusetzen?

## 2. Determinanten der weiteren Entwicklung

Die weitere Entwicklung der kommunikativen Infrastruktur und der Medien wird von folgenden Faktoren beeinflusst: Die *Bundespost* als öffentliches Unternehmen mit besonderer Infrastrukturverantwortung wird weiterhin eine wichtige Rolle zu spielen haben. Sowohl die „gelbe“ Post, die Brief-Post, als auch die „graue“ Fernmeldepost bilden die Grundlage für das bestehende und weitgehend auch für das zukünftige technische Kommunikationssystem. Ihr Problem liegt in der Optimierung der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgabe einerseits und der Öffnung dem „Markt“ gegenüber andererseits.

Für die *privatwirtschaftlich organisierte Presse* ergibt sich — zumindest im Zeitungs- und Zeitschriftenbereich — aufgrund der Rentabilitätsorientierung und der weitgehenden Finanzierung über Werbeeinnahmen der Zwang zu weiterer Rationalisierung und Konzentration mit der Folge der immer geringeren Auswahlmöglichkeit zwischen den Angeboten. Indikatoren des Konzentrationsprozesses sind:

— Der kontinuierliche Rückgang der Gesamtzahl der publizistischen Einheiten, also der Tageszeitungen mit eigenständigem aktuellem politischen Teil. Gab es 1954 noch 225 publizistische Einheiten, so waren es 1976 nur noch 121<sup>11)</sup>.

— Die Zunahme der sogenannten Einzeitungs-Gebiete. 1976 waren es bereits über 40 % der Kreise bzw. kreisfreien Städte in der Bundesrepublik, in denen die Vielfalt lokaler bzw. regionaler Berichterstattung zur Einfalt des Angebots des lokalen bzw. regionalen Zeitungs-Monopolisten geschrumpft war<sup>12)</sup>.

<sup>11)</sup> Walter J. Schütz, Publizistische Konzentration der deutschen Tagespresse. Zur Entwicklung der Publizistischen Einheiten seit 1954, in: *Media Perspektiven* 5/76, S. 189 ff., S. 191.

<sup>12)</sup> Eigene Berechnungen auf Grund der Angaben von Rolf-Michael Kühne, *Zeitungsmarkt* 1976, Basel 1976.

— Die zunehmende Konzentration der Gesamtauflage auf einige wenige Verlage: Der Anteil der fünf größten Zeitungskonzerne an der Gesamtauflage der deutschen Tagespresse wächst kontinuierlich und erreicht 1977 48 %; der Anteil der zehn größten Tagespressekonzerne mit insgesamt 35 Zeitungen beträgt 58 %; der Axel-Springer-Verlagskonzern hat allein einen Anteil von 29 % am Markt der Tagespresse, die *Bildzeitung* mit rund 4,5 Millionen täglich hat einen Marktanteil von 23 %! Bei den Publikumszeitschriften haben die vier größten Konzerne ihre (gewichteten) Anteile in den letzten Jahren ebenfalls gesteigert: 1977 erreichte der Bauer-Verlag an der Gesamtauflage einen Anteil von 33 %, Axel-Springer-Konzern 13 %, Burda 12 % und Gruner & Jahr, die Bertelsmann-Tochter, 10 %. Insgesamt vereinigten diese vier Verlagsgruppen einen Anteil von 68 % auf sich<sup>13)</sup>.

— Die zunehmenden Verflechtungen zwischen den Verlagsgruppen; eines der jüngsten Beispiele ist die Springer-Beteiligung am „Münchner Zeitungsverlag“ mit den Zeitungen *Münchner Merkur* und *TZ* und weiteren vielfältigen Verflechtungen im Bereich süddeutscher Zeitungen.

— Die Expansionsbestrebungen der Medienverlage auf allen Produktionsstufen — besonders Anzeigenkooperationen und Integration von Druck und Vertrieb in den eigenen „Herrschaftsbereich“ mit der Folge von ökonomischen Zugangssperren für Newcomer — und in andere Medienbereiche, besonders über Fernsehproduktionen und AV-Medien zur Fernsehveranstaltung.

Droht die privatwirtschaftliche Vermachtung aller Medien? Das Oligopol der Multimedia-Konzerne: der omnipräsente Medienpolyp?

Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten können sich auch in Zukunft — vorausgesetzt, es kommt zu keinen tiefgreifenden Strukturveränderungen — nur innerhalb des folgenden Rahmens bewegen:

— Die Zahl der Rundfunkteilnehmer wird kaum noch wachsen.

— Die Rundfunkgebühr ist ein politischer Preis, d. h., er wird von den Ministerpräsidenten der Bundesländer in einem Staatsvertrag, der der Zustimmung aller Landtage bedarf, festgesetzt. Die Rundfunkgebühr ist als politischer Preis nach außen besonderer publizistischer Kritik ausgesetzt, und es besteht die

<sup>13)</sup> Vgl. Helmut H. Diederichs, Daten zur Pressekonzentration in der Bundesrepublik Deutschland, 1976/77, in: *Media-Perspektiven* 5/77, S. 267 ff.

Gefahr, daß Zeitpunkt und Höhe der Heraufsetzung nach innen gegen die Rundfunkanstalten als mögliches Druckmittel eingesetzt werden<sup>14)</sup>.

— Die Zeit für die Ausstrahlung von Werbung im Fernsehen ist limitiert, so daß auch von daher keine zusätzlichen Einnahmen zu erwarten sind. Mehr Werbung würde außerdem mehr Abhängigkeiten bedeuten: Jeder in einem Medium Werbende wünscht und fordert ein „werbefreundliches“ Programmumfeld.

— Die parteipolitische Polarisierung in den Gremien der Rundfunkanstalten hat in den letzten Jahren zugenommen, und eine Umkehrung dieses Trends ist bisher nicht abzusehen.

Das Problem der Rundfunkanstalten in der Zukunft wird darin bestehen, wie sie die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe lösen, wie sie die Freiheit der Information und Meinungsbildung unter zunehmendem finanziellem und parteipolitischem Druck und gegen die Tendenz zur zunehmenden Binnenprivatisierung der Programme sichern.

### 3. Die alten Leitbilder: Realität oder Utopie bzw. Ideologie?

Wenn Zielvorstellungen für die Zukunft der Medienentwicklung aufgestellt werden sollen, dann müssen die alten Leitbilder auf ihre Tragfähigkeit hin überprüft werden.

— Ist die Wahrnehmung der politischen Infrastrukturverantwortung vornehmlich im Telekommunikationsbereich durch ein öffentliches Unternehmen, die Post, die gleichzeitig zumindest kostendeckend wirtschaften soll, möglich oder bedeutet dies die Quadratur des Kreises?

— Wieweit trägt noch besonders angesichts der realen Konzentrationsentwicklung die altliberale Vorstellung, die davon ausgeht, daß die postulierte Vielfalt der Informationen und Meinungen mit dem Ziel der Garantie der Wahlmöglichkeiten der Bürger durch eine Vielzahl ökonomisch selbständiger, in Konkurrenz untereinander kämpfender Unternehmen gesichert werden kann? Wird die Ideolo-

gie des ökonomischen „Leistungswettbewerbs“ auch in Zukunft kommunikationspolitisches Leitbild zur Sicherung der Pressefreiheit sein, trotz unübersehbarer Diskrepanzen zur Realität? Bedeuten angesichts dieser Widersprüche die Vorschläge zur Sicherung der „inneren Pressefreiheit“, die auf eine Stärkung der Rechte der Journalisten gegenüber den Verlegern abzielen, einen Ausweg? Kann Pluralität der Informationen und Meinungen in der Zeitung real hergestellt werden bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung privatwirtschaftlicher Rentabilitätsorientierung und überwiegender Werbungsfinanzierung?

— Das Bundesverfassungsgericht hat 1961 im Streit um das sogenannte Adenauer-Fernsehen festgestellt, daß der „Rundfunk als modernes Instrument der Meinungsbildung weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert werden darf“ und daß deshalb Rundfunkveranstalter so zu organisieren seien, „daß alle in Betracht kommenden Kräfte in ihren Organen Einfluß haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen können, und daß für den Inhalt des Gesamtprogramms Leitgrundsätze verbindlich sind, die ein Mindestmaß von inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung gewährleisten“<sup>15)</sup>. Angesichts der realen Entwicklung der von außen in einige Rundfunkanstalten hineingetragenen Konflikte ist zu fragen: Funktioniert die gesellschaftliche Kontrolle? Hat sich das Modell der Gremienrepräsentanz der gesellschaftlich relevanten Gruppen in der Realität als Garant der Rundfunkfreiheit bewährt? Ist der Integrationsrundfunk, das Forum zur Artikulation unterschiedlicher Meinungen und Interessen in einem Programm, ein Modell für die Zukunft?

— Ein weiteres Schlagwort der medienpolitischen Diskussion lautet „publizistische Gewaltenteilung“. Gemeint ist, daß durch das vorhandene Mediengefüge der Bundesrepublik — hier privatwirtschaftlich organisierte Presse, dort öffentlich-rechtlich strukturierter Rundfunk — eine zusätzliche Garantie der Informations- und Meinungsfreiheit gegeben sei neben der Sicherung der Pressefreiheit durch die Marktkonkurrenz der Verlage und der Rundfunkfreiheit durch den Binnenpluralismus der Gremien. Ist die Medientrennung und damit ein Verflechtungsverbot zwischen Trägern verschiedener Medien, also z. B. zwischen Presseverlagen und Fernsehveranstaltern, eine hinreichende Ausgangsbedingung für Kommunikationsfreiheit?

<sup>14)</sup> Verglichen mit den Abonnementspreisen für Zeitungen und verglichen mit den Verkaufspreisen für Zeitschriften ist die Rundfunkgebühr in den letzten Jahren nur geringfügig gestiegen. Die Steigerung liegt knapp unter der Inflationsrate der Verkaufspreise. Ihre absolute Höhe ist — verglichen mit dem „Gegenwert“ des Angebots an Hörfunk- und Fernsehsendungen — unwahrscheinlich niedrig.

<sup>15)</sup> BVerfGE 12/205 ff., S. 263.

### III. Zukunftsperspektiven: Chancen und Gefahren

Das einzig Sichere an zukünftigen Entwicklungen ist ihre Ungewißheit. Dennoch müssen die möglichen einschneidenden Veränderungen im technischen Kommunikationssystem besonders in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen genauestens analysiert und entsprechende politische Entscheidungen sorgfältig diskutiert und vorbereitet werden. Als am 14. Februar 1876, also vor etwas mehr als 100 Jahren, Alexander Graham Bell seinen Patentantrag für die Erfindung des Telefons einreichte, war dies der eigentliche Ausgangspunkt für die Entwicklung der Telekommunikation. Bis die Tragweite dieser Erfindung einer breiten Öffentlichkeit bewußt wurde, vergingen allerdings noch einige Jahrzehnte. Selbst für die Expertenkommission, der Bell seine Idee unterbreitete, jede Wohnung und jedes Geschäftshaus durch eine Telefonleitung zu verbinden, lag diese Idee außerhalb ihres Vorstellungsvermögens. Sie kam nach eingehender Prüfung zu dem Schluß:

„Die Kommission meint, sich gegen jede Art der von Bell vorgeschlagenen Investitionen aussprechen zu müssen. Sie bezweifelt nicht, daß sich unter bestimmten Umständen, z. B. zur Verständigung zwischen Schiffsbrücke und Maschinenraum, einige wenige Nutzanwendungen finden lassen; aber jede Entwicklung der Art und des Umfanges, wie sie sich Bell so vernarrt vorstellt, steht völlig außer Frage.“ Und andere Zeitgenossen Bells fragten spöttisch, was wohl ein Bürger in New York mit einem Bürger in Boston schon Sinnvolles über Telefon zu bereden habe<sup>16)</sup>. — Der Bell-Konzern, das Mammutunternehmen American Telephone and Telegraph Co., beherrscht heute als staatlich geduldetes „natürliches Monopol“ das inneramerikanische Telefonsystem und die Fernmeldeindustrie<sup>17)</sup>.

Als George Orwell 1949 seinen Roman 1984 schrieb, formulierte er folgende Sätze:

„Auf jedem Treppenabsatz starrte ihn gegenüber dem Liftschacht das Plakat mit dem rie-

<sup>16)</sup> Diese Schilderung ist wörtlich übernommen aus Dieter Stammler, Kabelfernsehen — Zum Stand der Diskussion in der Bundesrepublik, Evangelische Akademie Hofgeismar: Telekommunikation, Protokoll Nr. 112/1976, S. 3.

<sup>17)</sup> Zur Entstehungsgeschichte des Unternehmens und den vergeblichen Bemühungen des Staates, regulierend im „öffentlichen Interesse“ einzugreifen, vgl. Bernd-Peter Lange, Jürgen-Hinrich Mender, Heinz Berzau, Konzentrationspolitik in den USA, Tübingen 1972, S. 760 ff.

sigen Gesicht an. Es gehörte zu den Bildnissen, die so gemalt sind, daß einen die Augen überallhin verfolgen. „Der große Bruder sieht dich an!“ lautete die Schlagzeile darunter. Drinnen in der Wohnung verlas eine klangvolle Stimme eine Zahlenstatistik über die Roheisen-Produktion. Die Stimme kam aus einer länglichen Metallplatte, die einem stumpfen Spiegel ähnelte und rechter Hand in die Wand eingelassen war. Winston drehte an einem Knopf, und die Stimme wurde daraufhin etwas leiser, wenn auch der Wörtlaut noch zu verstehen blieb. Der Apparat, ein sogenannter Televisor oder Hörsehschirm, konnte gedämpft werden, doch es gab keine Möglichkeit, ihn völlig abzustellen...“

Als Horst Ehmke, damals Bundesminister für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen, am 3. September 1973 die Einsetzung der „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems“ ankündigte, schloß er seine Ausführungen mit dem Satz: „Kaum ein Gebiet der technologischen Entwicklung wird in den nächsten Jahrzehnten die Qualität des Lebens — oder vielleicht richtiger: die Auseinandersetzung darüber, welche Qualitäten des Lebens von uns als erstrebenswert anvisiert werden — derart beeinflussen, wie die neuen Nachrichtentechnologien.“<sup>18)</sup>

#### 1. Die neuen Möglichkeiten

*Worin bestehen sie?*

Technisch möglich — und damit potentiell realisierbar — sind bereits heute nebeneinander folgende Ausgestaltungen des gesamten technischen Kommunikationssystems:

##### 1. Verschiedene Formen der elektronischen Textkommunikation.

Unter „*Faksimilezeitung*“ versteht man, daß der „Konsument“ über ein Zusatzgerät zum Telefon die einzelnen Zeitungsseiten individuell auswählt und diese dann bei ihm zu Hause als „hard-copy“ aus seinem Fernkopierer fallen: Ersetzung des materiellen Transports durch nachrichtentechnische Übertragung. Dieser mögliche Dienst ist heute allerdings noch mit so hohen Kosten verbunden, daß in naher Zukunft kaum Verwirklichungschancen bestehen.

<sup>18)</sup> Horst Ehmke, Möglichkeiten und Aufgaben der Nachrichtentechnologien, Sonderdruck aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 103 vom 6. 9. 1973.

Das mögliche Angebot von „Videotext“ bedeutet die Präsentation von Texten auf dem Fernsehschirm in „soft-copy“-Form, d. h. nur auf dem Schirm sichtbar, nicht aber auf dem Papier ausgedruckt. Videotext ermöglicht die Bereitstellung von aktuellen Nachrichten zum jederzeitigen Abruf, permanente Programminformationen etc. Die Videotextsignale werden sozusagen „huckepack“ von den „normalen“ Fernsehsignalen mittransportiert. Videotext kann bereits heute von den Rundfunkanstalten ohne große zusätzliche Kosten ausgestrahlt werden.

Auch die Realisierung von „Bildschirmtext“, ebenfalls die Präsentation von Texten auf dem Fernsehschirm, diesmal über das Fernsprechnetz übertragen und deshalb theoretisch mit großen individuellen Auswahlmöglichkeiten ausgestattet, steht unmittelbar vor der Tür. Die Bundespost wird das Bildschirmtext-System auf der Berliner Funkausstellung 77 präsentieren.

Für die verschiedenen Formen des technisch realisierbaren „Kabeltextes“, ebenfalls ein „Fernsehtext“, ist die Installierung von breitbandigen Kabelverteilanlagen erforderlich. Deshalb können sie erst in „Pilotprojekten“, den geplanten Versuchen zum Kabelfernsehen, getestet werden.

## 2. Kabelfernsehen/Satellitenfernsehen.

Durch die Verlegung von Breitbandkabeln<sup>19)</sup> bzw. den vermehrten Einsatz von Fernsehsatelliten zum Direktempfang kann die Zahl der angebotenen Fernsehkanäle vermehrt werden; damit ergibt sich die Möglichkeit zur Umstrukturierung der Fernsehprogramme — u. a. *zeitversetztes Angebot* besonders für Schichtarbeiter, *Lokalfernsehen* u. a. als Gegengewicht zu lokalen Zeitungsmonopolen, *verstärkte Programmauswahlmöglichkeiten* durch das Angebot aller 3. Programme und ausländischer Sender bzw. das Abonnementfernsehen (Pay TV), das Exklusivangebot von Unterhaltung und Sport gegen entsprechendes Entgelt — und zur *Realisierung bestimmter Formen „inter-*

<sup>19)</sup> Heute gibt es bereits eine große Zahl von Gemeinschaftsantennenanlagen, die aber nur zu einem geringen Teil als Kabelfernsehanlagen geeignet sind, d. h., daß sie in der Lage wären, zusätzlich zu den ortsüblich drahtlos empfangbaren Fernsehprogrammen weiter in einem gesonderten Studio eingespeiste Programme zu verteilen. Vgl. u. a. dazu F. W. Hymmen, *Das Kabel. Fakten und Illusionen*, in: *medium Dokumentation*, Frankfurt S. 38.

Ein Impuls für den Bau von Gemeinschaftsantennenanlagen ist das Ziel der Beseitigung von Fernsehempfangsstörungen durch Hochhäuser („Hochhausabschattungen“).

*aktiver Dienste*“ wie Abruf von Verbraucherinformationen, Ferneinkauf etc., dies allerdings nur bei Installierung eines „Rückkanals“ bei Kabelfernsehverteilanlagen.

## 3. AV-Medien

Auch heute schon realisierbar ist der Anschluß von Video-Kassettenrecordern an das Fernsehgerät. Sie ermöglichen das Mitschneiden und damit das private *Speichern von Fernsehsendungen* zum jederzeitigen (wiederholten) Konsum, aber auch das *Abspielen „konfektionierter“*, durch den Handel bezogener *AV-Programme* (in Zukunft eventuell auf Bildplatten).

Vorstellbar ist, daß es in Zukunft eine Gruppierung von Zusatzgeräten um das Telefon und das Fernsehgerät — ähnlich der Entwicklung im Zusammenhang mit dem Radio — geben wird, die — auch in der Kombination beider Telekommunikationsformen Fernsprechen und Fernsehen — eine Ausweitung von Kommunikationsprozessen ermöglichen kann, evtl. unter Strukturveränderungen im Verhältnis zu den klassischen Druckmedien.

Wie sich aus den Schaubildern zu den „alten“ und den „neuen“ Medien ergibt, sind viele Fragen besonders zur Organisation und Finanzierung der „neuen“ Medien ungeklärt. Da es sich bei den neuen Medien vornehmlich um Telekommunikationsformen handelt, wird wahrscheinlich — was die technische Übermittlung angeht — die Post die zentrale Rolle spielen. Soweit es sich um Massenkommunikation mit telekommunikativer Übermittlung handelt, werden bei den „alten“ Medien die Programminhalte nicht privatwirtschaftlich hergestellt bzw. wird die Programmveranstaltung öffentlich-rechtlich nach dem Leitbild des „Binnenpluralismus“ und der Repräsentanz gesellschaftlich relevanter Gruppen in den Kontrollgremien strukturiert. Sind dies Indizien für die Organisation auch der „neuen“ Medien?

### *Wer treibt ihre Realisierung voran?*

Bei der Erörterung einer Innovation des Telekommunikationssystems ging die KtK im Jahre 1975 von einem Planungshorizont für die Jahre 1985 bis 2000 aus. Dies ist realistisch, wenn man bedenkt, daß z. B. das heute gebräuchliche Fernsprechvermittlungssystem, das 1956 eingeführt wurde, erst im Jahre 1979 seinen Höhepunkt in der bundesweiten Verbreitung erreicht, während die bereits entschiedene Umstellung zum elektronischen Wählsystem sich erst ab 1985 bemerkbar machen wird. Damit wird im Zusammenhang mit der kurzen, unvollständigen Aufzählung von

### Zukunftsperspektiven

Unterscheidungsmerkmale		„neue“ Medien	elektronische Textkommunikation Fernsehtexte				Lokal- hör- funk	Kabelfernsehen/ Satellitfernsehen		AV-Medien		
		Faksimile Zeitung	Video- text	Bild- schirm- text	Kabel- text	Lokal- fern- sehen		Pay TV	Abruf- dienste (Rück- kanal)	unbe- spielte Träger	be- spielte Träger	
		Wahrnehmungsart	visuell: Textkommunikation	×	×	×	×					
	auditiv: Tonkommunikation					×				×	×	
	audio-visuell: Bewegtbild/Ton					✓	×	×		×	×	
Art der technisch vermittelten Kommunikation	Individualkommunikation			?	?				?	×		
	Massenkommunikation	×	×	?	?	×	×	×			×	
Herstellung Übermittlung	Printkommunikation										(×)	
	Telekommunikation	×	×	×	×	×	×	×	×			
Organisation	Nutzungs- inhalte	privatwirtschaftlich	×		?	?	?	?	?	?	?	
		öffentlich-rechtlich		×	?	?	?	?	?	?		
	Übermittlung durch die Post	×	(×)	×	×	×	×	×	×			
Finanzierung	Einzelentgelt	?	?	?	?	?	?	×		×	×	
	Gebühr	?	?	?	?	?	?		?			
	Werbung	?	?	?	?	?	?	?		?	?	

### Mediengefüge in der Bundesrepublik heute

„alte“ Medien		Buch	Flugblatt Zeitung Zeitschrift	Brief	Fernschreiben	Telefon	Schallplatte beispieltes Tonband	Hörfunk	Fernsehen	Film
<b>Unterscheidungsmerkmale</b>										
Wahrnehmungsart	visuell: Textkommunikation	×	×	×	×					
	auditiv: Tonkommunikation					×	×	×		
	audio-visuell: Bewegtbild/Ton								×	×
Art der technisch vermittelten Kommunikation	Individualkommunikation			×	(×)	×				
	Massenkommunikation	×	×				×	×	×	×
Herstellung Übermittlung	Printkommunikation	×	×				(×)			
	Telekommunikation				×	×		×	×	
Organisation	Nutzungs- inhalte	privatwirtschaftlich	×	×			×			×
		öffentlich-rechtlich						×	×	
	Übermittlung durch die Post		(×)	×	×	×		×	×	
Finanzierung	Einzelentgelt	×	×				×			×
	Gebühr			×	×	×		×	×	
	Werbung		×					×	×	(×)

Innovationsmöglichkeiten deutlich, daß die Weichen für zukünftige Kommunikationsformen im Sinne auch von Prioritätsentscheidungen heute gestellt werden.

Die Entwicklung und das marktmäßige Angebot der „hardware“, der Geräteausstattung für diese Ausweitung und Umstrukturierung der technischen Kommunikation und damit auch der Medien werden besonders von den Gewinninteressen der Kommunikationsgüterindustrie vorangetrieben. Da sich z. B. für die Fernsehgeräte produzierende Industrie eine Marktsättigung mit Farbfernsehgeräten zum Ende der siebziger Jahre abzeichnet, drängt sie auf die medienpolitische Entscheidung zugunsten der „Fernsehtexte“, um eine neue Generation von Fernsehempfängern mit Zusatzbausteinen für Videotext und Bildschirmtext am Markt absetzen zu können: Geplanter Verschleiß durch Kreierung immer neuer Nutzungspotentiale?<sup>20)</sup>

Es gibt jedoch keine allgemeine Entwicklungsrichtung, sondern die Partikularinteressen der einzelnen Abteilungen der Kommunikationsgüterindustrie — Kabelhersteller, nachrichten- und elektrotechnische Industrie, Computer-, Schreibmaschinen- und Kopiergerätehersteller, Druckindustrie, Presse- und Buchverlage, Medienkonzerne, Filmindustrie — werden unvermittelt und in wildwüchsiger Konkurrenz am „Medienmarkt“ vorgebracht. Die kleinen und mittleren Zeitungsverleger fühlen sich durch die neuen „Fernsehtexte“ und durch das Kabel-Lokalfernsehen, besonders wenn es durch Werbung (mit) finanziert werden sollte, in ihrer Existenz bedroht; sie fordern daher ihre Beteiligung als Inhaltsanbieter für diese neuen Dienste. Einigen großen Konzernen geht es um mehr: Sie behaupten, daß die neuen Kapazitäten des Kabelfernsehens die Rechtfertigung für das „Veranstaltungsmonopol“ der Rundfunkanstalten entfallen lassen und propagieren privatwirtschaftliche Fernsehkonkurrenz. Ihre Expansionsbestrebungen zielen auf eine totale Veränderung der gegenwärtigen Rundfunkstruktur: Es ist die Rede von Konkurrenz, gemeint ist aber die Ausdehnung des Oligopols der Multimedia-Konzerne auch auf den Rundfunkbereich.

Die ökonomischen Einschätzungen und Bewertungen der weiteren Entwicklung, die juristische Gestaltung der Rahmenbedingungen und — damit eng zusammenhängend — die po-

<sup>20)</sup> Es lassen sich Zyklen der Innovation im Bereich der Unterhaltungselektronik feststellen: Rundfunk, Schwarzweiß-Fernseher, Farbfernseher, Kassettenrecorder, Stereoton bei Fernsehern, flacher Bildschirm ...

litischen Weichenstellungen sind bisher weitgehend diesen „Marktentwicklungen“ nachgelaufen und sind diesen meist nur reagierend angepaßt worden.

#### *Wer setzt welche Rahmenbedingungen?*

Gesellschaftspolitisch und damit auch medienpolitisch notwendig ist eine aktive politische Gestaltung der Entwicklungsrichtungen der technischen Kommunikation:

— Ausgangspunkt der *verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen* ist die Auslegung des Art. 5 GG, die für alle Bereiche, insbesondere aber Presse und Rundfunk, wichtig ist<sup>21)</sup>. Die Auslegung des Rundfunk- und Pressebegriffs und die Bestimmung der jeweiligen Organisationsformen beantwortet die Frage: Wer darf die Medien und ihr Angebot „beherrschen“?

— Die Bewertung der *ökonomischen Entwicklungen* muß sich auf die Klärung von Bedürfnissen (Wünsche, die auf Erfüllung warten) und des Bedarfs (kaufkräftige Nachfrage) für neue Formen technischer Kommunikation stützen und Kriterien für Prioritätssetzungen für einzelne Medien entwickeln. Hierbei geht es vornehmlich um die Entscheidung, welche Formen technischer Kommunikationen in den Bereich staatlicher Infrastrukturverantwortung fallen, d. h., welche als so wichtig angesehen werden, daß staatliche Vorsorge für eine gleichmäßige Versorgung der gesamten Bevölkerung im Unterschied zu einer reinen Marktorientierung geboten erscheint. Aber auch in den Bereichen, in denen die technische Kommunikation der rentabilitätsorientierten Marktentwicklung überlassen bleibt, können durch staatliche Maßnahmen — z. B. der Forschungsförderung — Prioritäten gesetzt werden. Hier werden industrie- und strukturpolitische Kriterien wie „Förderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit“ der „heimischen“ Industrie diskutiert. Schließlich muß unter vornehmlich ökonomischen Aspekten eine Auseinandersetzung mit den Konkurrenz- und Konzentrationsprozessen der Unternehmen der Kommunikationsgüterindustrie und den Auswirkungen auf das Medienangebot und das Nutzungsverhalten erfolgen.

Diese kurzen Bemerkungen sollen verdeutlichen, daß eine gemeinsame Betrachtung und Koordination von gesellschafts- und medienpolitischen sowie ökonomisch-strukturpolitischen Weichenstellungen unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen notwendig sind zur aktiven Gestaltung der Entwicklungsrichtungen der technischen

<sup>21)</sup> Vorstellungen der Bundesregierung, a. a. O., S. 38.

**Kommunikation.** Besondere Probleme hierbei wirft zum einen die Aufteilung der Bundeszuständigkeiten auf die Bundespost (Verantwortung für Telekommunikationsnetze), das Bundesministerium für Forschung und Technologie (Forschungsförderung), das Bundesministerium des Innern (Zuständigkeit für die Rahmengesetzgebung für die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse) und das Wirtschaftsministerium (u. a. evtl. wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen) auf, zum anderen die Kompetenzaufteilung zwischen dem Bund mit den genannten Ressorts und den Ländern (zuständig für die Organisationsfragen bei Rundfunkveranstaltungen). Um den Weg für eine gemeinsame Betrachtung freizumachen, sowohl was die Entwicklung der Medien betrifft als auch was die langfristigen politischen Weichenstellungen angeht, ist zu fragen, ob die bisherigen Denkmuster und Terminologien noch adäquat sind:

— Ist es angesichts der möglichen Entwicklungen technischer Kommunikation weiterhin berechtigt, von den *getrennten Kommunikationsformen* Massenkommunikation (typisches Beispiel bisher: Fernsehen) und Individualkommunikation (typisches Beispiel bisher: Fernsprechen) auszugehen?

— Inwiefern ist es weiterhin sinnvoll, von nach Wesen und Erscheinungsformen *unterschiedlichen Medien* — Presse, Schallplatten, Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen), AV-Medien, Telefon — auszugehen?

— Welche — auch in der Zukunft tragfähige — Begründungen gibt es dafür, weiterhin von den *getrennten* (unvermischten!) *Organisationsformen* der Medien — privatwirtschaftliche Presse, öffentlich-rechtliches Fernsehen, staatliche Infrastruktur für das Fernsprechen (postalisch, fernmeldehoheitlich)<sup>22)</sup> — auszugehen?

— Die allgemeinen Probleme der *medienpolitischen Aufgabenstellung* für die Zukunft hat die Bundesregierung am Ende ihrer „Vorstellungen zum weiteren Ausbau des technischen Kommunikationssystems“ folgendermaßen — allerdings sehr abstrakt in der Beamtensprache der Ministerien — umschrieben:

<sup>22)</sup> Welche Probleme hier allein terminologisch und inhaltlich zu bewältigen sind, zeigt der allgemeine Sprachgebrauch, in dem für drei völlig unterschiedliche Tatbestände jeweils der gleiche Begriff verwendet wird:

- Fernmelde-monopol der Deutschen Bundespost
- Monopol der Rundfunkanstalten für Fernsehsendungen
- Monopol der Multimedia-Konzerne für bestimmte Segmente des Medienmarktes.

„Bei dem weiteren Ausbau des technischen Kommunikationssystems handelt es sich nämlich nicht nur um eine Weichenstellung für die Investition erheblicher finanzieller Mittel in technische Innovationen, auch nicht nur um die Setzung von Prioritäten zu Lasten anderer Ausbaumöglichkeiten, sondern auch und in viel bedeutenderem Maße um eine Weichenstellung für die Bewahrung und Verbesserung von Meinungsvielfalt und Informationsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland. Die Art und Weise einer solchen Weichenstellung wird entscheidend für die weitere Entwicklung der freiheitlichen Demokratie sein. Dazu gehört auch, daß die Unabhängigkeit der publizistischen Medien vom Staat oder einer gesellschaftlichen Gruppe und die Meinungsvielfalt nicht nur ungeschmälert erhalten, sondern eher noch gestärkt werden.“<sup>22a)</sup>

In der weiteren Diskussion müssen diese wichtigen programmatischen Ausführungen weiter präzisiert werden. Die Gefahren, die in der weiteren Entwicklung liegen, sind:

1. Die Tendenz zur weiteren Kommerzialisierung der Medienangebote, d. h., daß Nachrichten, Informationen, Unterhaltungen etc. immer mehr unter den Gewinngesichtspunkten der Produktion von „wohlfeilen“ Waren ausgewählt und angeboten werden. Dieser Trend wird bei den privatwirtschaftlich organisierten Medien durch die weiter fortschreitende Konzentration verstärkt und erhöht die Diskrepanz zwischen postulierter Vielfalt und oligopolistischer Marktbeherrschung zusehens.

2. Die in den Rundfunkgremien praktizierte Repräsentanz der „gesellschaftlich relevanten Kräfte“ wirft eine Reihe von grundsätzlichen Problemen auf, die folgendermaßen zusammengefaßt worden sind:

— „Das pluralistische Ordnungsgefüge deckt nicht das gesamte gesellschaftliche und kulturelle Spektrum ab.“

— „Die Summe der organisierten Einzelinteressen ergibt noch nicht das gesamtgesellschaftliche Interesse.“

— „Die pluralistischen Sonderinteressen entbehren nicht selten einer hinreichenden Legitimationsgrundlage.“<sup>23)</sup>

<sup>22a)</sup> Vorstellungen der Bundesregierung, a. a. O., S. 38.

<sup>23)</sup> Johannes Rau, Die Allgemeinheit muß den Rundfunk kontrollieren, in: Frankfurter Rundschau, 26. 6. 1976, S. 14. Während der Diagnose der Probleme der Organisation der Rundfunkanstalten voll zuzustimmen ist, kann die vorgeschlagene Therapie, den politischen Parteien mehr Mitwirkungsrechte einzuräumen, nicht überzeugen.

Die Chancen der weiteren Entwicklung liegen darin, daß neue Kommunikationsformen eine Herausforderung an die Medienpolitik darstellen. Sie zwingen dazu, die Grundprinzipien eines „mediopolitischen Gesamtkonzeptes“ und die Diskrepanzen zur realen Entwicklung offenzulegen.

## 2. Entscheidungsebenen — Entscheidungsträger

Zunächst geht es bei allen Fragen der Entwicklung technischer Kommunikationssysteme um den Auf- bzw. Ausbau der erforderlichen Netze und Dienstleistungen. Hier ist die Infrastrukturverantwortung der Deutschen Bundespost und ihre Geschäftspolitik zur Erfüllung ihrer Infrastrukturaufgaben angesprochen. Zum einen ist — als politische Weichenstellung für die Zukunft — zu klären, welche Aufgaben die Post allein wahrzunehmen hat, welche Dienste sie in Konkurrenz zu privaten Unternehmen anbietet und welche allein von privaten Unternehmen angeboten werden sollen. Wie sich an der Konkurrenz um die Paketbeförderung zwischen der Post und den privaten United Parcel Services (UPS) zeigen läßt<sup>24)</sup>, muß eine „Rosinenpickerei“ privater Unternehmen verhindert werden, d. h., der Post dürfen nicht nur die „unattraktiven“, aus der Sicht privater Unternehmen unrentablen Dienste bleiben, die dann notwendigerweise durch andere Finanzierungsquellen subventioniert werden oder für die Bevölkerung teurer werden müssen. Zum anderen muß das Problem der „Schnittstellen“ geklärt werden, der Grenzlinie zwischen öffentlicher Infrastruktur und privater Nutzung. Beim Fernsprechen bestimmt bzw. „beherrscht“ die Post vom Telefonapparat und möglichen Zusatzgeräten des einen Fernsprechteilnehmers über das Netz bis hin zum Telefonapparat und möglichen Zusatzgeräten des anderen Fernsprechteilnehmers das ganze System. Demgegenüber gibt es bei anderen Telekommunikationsformen nutzungsorganisatorische Schnittstellen, die die Leistungsbeiträge der jeweiligen Netzträger, der Teilnehmer und Dritter (Anlagenverkäufer bzw. -vermieter, Anbieter von Datenbankdiensten etc.) voneinander abgrenzen<sup>25)</sup>. Es sollte weiter diskutiert werden, ob und in welcher Ausgestaltung die Post auch beim Fernsprechen nutzungsorganisatorische Schnittstellen ein-

führt, die der Ausgestaltung der an das Fernsprechnet anschließbaren Geräte eine größere Flexibilität ermöglicht und damit die Vielfalt der Nutzung des Fernsprechdienstes erhöht. In diesem Zusammenhang ist schließlich die Organisation der Zusammenarbeit der fernmeldetechnischen Industrie mit der Post zu klären. Deutlicher als bisher sind die jeweiligen Verantwortungsbereiche zu trennen, ist die Transparenz der Kooperationsbeziehungen zu erhöhen und muß dafür gesorgt werden, daß statt eines Quotenkartells der Anbieter von Fernmeldeeinrichtungen mehr Elemente einer leistungsorientierten Konkurrenz um Postaufträge die gegenseitigen Beziehungen prägen.

Auf Bundesebene ist des weiteren zu erwähnen die Förderungspolitik des Bundesministeriums für Forschung und Technologie. Hier stehen u. a. im momentan diskutierten „Programm technische Kommunikation“ technologisch anwendungsbezogene Fragen im Vordergrund der Förderung.

Die Verwendung des — von der Bundesregierung auch des öfteren erwähnten — Kriteriums der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie“ darf nicht dazu führen, die Industrie durch staatliche Subventionen vornehmlich von Kosten zu entlasten, um sie so gewinnträglicher zu machen. Vielmehr kommt es darauf an, unter dem Blickwinkel gesellschaftlicher Bedürfnisse und Notwendigkeiten — z. B. der Verbesserung der technischen Kommunikationssysteme im öffentlichen Bildungsbereich und der Verwaltung — Schwerpunkte anwendungsbezogener Förderungspolitik herauszuarbeiten und so der Industrie Impulse für bestimmte Entwicklungsrichtungen zu geben. Dabei sollten auch industriepolitische Gesichtspunkte wie z. B. die Frage nach der Notwendigkeit und Adäquanz der Förderung mittelständischer Industrie als Gegengewicht gegen die großen Konzerne wie Siemens, AEG-Telefunken, SEL als ITT-Tochter, IBM etc. berücksichtigt werden.

Bund und Länder werden sich in naher Zukunft über die Abgrenzungsfragen im Überschneidungsbereich von Rundfunk und Presse „verständigen“ müssen — die letzte Entscheidung liegt beim Bundesverfassungsgericht. Sehr positiv zu bewerten ist in diesem Zusammenhang, daß sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen zur Ausgestaltung der Pilotprojekte zum Kabelfernsehen geeinigt haben. Allerdings muß hier darauf geachtet werden, daß die jeweiligen Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche — hier die Netze, da die

<sup>24)</sup> Vgl.: Streit ums Post-Paket — Statt öffentlichem Defizit private Profite, in: Frankfurter Rundschau, 14. 7. 1976, S. 5.

<sup>25)</sup> Vgl. Telekommunikationsbericht der KtK, a. a. O., S. 35.

Organisation der Programmveranstaltung — nicht verwischt werden. Die Probleme der Rundfunkorganisation — materiell öffentlich-rechtliche Organisation und Kontrolle oder (auch) privatwirtschaftliche Veranstalter und/oder Mischformen — sind von den Bundesländern zu lösen, wobei durch die in naher Zukunft festzulegenden Organisationsformen für die Kabelfernsehprojekte die ersten und möglicherweise entscheidenden Weichen gestellt werden.

### 3. Politische Dimensionen der Diskussion um den Rundfunk- und Pressebegriff

Medienpolitik wird hierzulande vornehmlich mit den Mitteln juristischer Interpretationskünste betrieben. Dabei geht es um zwei verschiedene Dinge: Erstens um die Frage, wer im Bereich der Medien für gesetzliche Regelungen zuständig ist. Wenn ein Medientatbestand unter den „Pressebegriff“ zu „subsumieren“ ist, so reklamiert der Bund, hier repräsentiert vom Innenministerium, die Zuständigkeit; handelt es sich aber um einen Unterfall des „Rundfunkbegriffes“, so lassen sich die Bundesländer nicht hineinreden. Zweitens geht es um die Frage, wie denn „die Presse“ bzw. „der Rundfunk“ zu organisieren sind. Was meint das Grundgesetz, wenn es in Art. 5 von „Pressefreiheit“ und von „Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk ...“ spricht?

Beide Problemkomplexe, die heute kontrovers diskutiert werden, sind vom Bundesverfassungsgericht im sogenannten Fernsehstreit von 1961 angesprochen worden. Die Bundesländer erkämpften damals gegen den Bund die verbindliche Interpretation des Grundgesetzes, daß nur sie die Regelungszuständigkeit in Rundfunkorganisationsfragen haben und daß die öffentlich-rechtliche Struktur von Rundfunkanstalten den aus der Rundfunkfreiheit abzuleitenden Prinzipien der Freiheit von Staatseinfluß und dem Postulat pluralistischer Vielfalt der Programme entspricht. Aufgrund dieser historischen Bund-Länder-Streitigkeit ist auch heute noch das Verhältnis in Medienfragen zwischen den bisher über parteipolitische Unterschiede hinweg einheitlich auftretenden Bundesländern einerseits und dem Bund andererseits gespannt, um nicht zu sagen: traumatisch belastet. — Die alten Konfliktzonen werden jetzt wieder virulent, weil bestimmte Erscheinungsformen der „neuen“ Medien wie z. B. Bildschirmtext sich nicht von vornherein den gegenseitigen Zuständigkeitsbereichen eindeutig zuordnen lassen. Die Bundesländer definieren den Rundfunkbegriff so allgemein und umfassend, ausgehend von

dem technischen Übermittlungsvorgang<sup>26)</sup>, daß von den aufgeführten „neuen“ Medien lediglich die Faksimilezeitung und die AV-Medien nicht erfaßt werden. Demgegenüber gibt es im Bundesinnenministerium Überlegungen mit dem Ziel, einen neuen Pressebegriff zu kreieren, der es erlaubt, die elektronische Textkommunikation der Bundeszuständigkeit zuzuordnen. Wenn „Presse“ nicht mehr, wie historisch gewachsen, als auf Papier materialisiertes Druckwerk verstanden wird, sondern nur noch als — in welcher Form auch immer — sichtbar gemachte Schriftzeichen, dann sind auch „Fernsehtexte“ Presse.

Hinter diesem Streit um Begriffe steht nicht nur die Auseinandersetzung um Zuständigkeiten. Presse — wie auch immer definiert — soll nach herrschender (Juristen-)Meinung weiterhin privatwirtschaftlich organisiert bleiben, während die Bundesländer einheitlich an der öffentlich-rechtlichen Organisation des Rundfunks festhalten. Wenn also z. B. Kabeltext dem Pressebegriff zugeordnet werden sollte, dann dürfte es klar sein, daß private Programmveranstalter, wahrscheinlich vornehmlich die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger, als Anbieter zugelassen werden. Wird Kabeltext demgegenüber dem Rundfunkbegriff zugeordnet, so steht den Rundfunkanstalten das Veranstaltungsrecht zu — es sei denn, die — oder einzelne — Bundesländer gehen von den geltenden Prinzipien ab und lassen privaten Rundfunk zu. Der allgemeine medienpolitische Dschungel wird noch undurchsichtiger, wenn man bei der Diskussion um Organisationsformen nach den verborgenen Interessen fragt. Kleine und mittlere Zeitungs- und Zeitschriftenverleger erhoffen sich mehr Entlastung von ihren Existenzängsten über die Definitionskünste des Bundesinnenministeriums und eines entsprechenden Presserechtsrahmengesetzes, die Multi-Media-Konzerne setzen in ihrem Drang nach kommerziellem Senden mehr auf die „Liberalisierungstendenzen“ bei einzelnen Bundesländern. Hier wiederum spielen die parteipolitischen Positionen eine Rolle. Die CDU/CSU ist zumindest offen für kommerzielle Experimente im Bereich des Rundfunks, während die SPD und die FDP programmatisch an der öffentlich-rechtlichen Struktur festhalten.

<sup>26)</sup> So heißt es in Art. 1 des Gebührenstaatsvertrages im reinen Expertenchinesisch.

„Rundfunk ist die für die Allgemeinheit bestimmte Veranstaltung und Verbreitung von Darbietungen aller Art in Wort, in Ton und in Bild unter Benutzung elektrischer Schwingungen ohne Verbindungsleitung oder längs oder mittels eines Leiters.“

## IV. Medienpolitische Zielvorstellungen der „gesellschaftlich relevanten Gruppen“ — Vorschläge der KtK und der Bundesregierung

In die Diskussion um langfristige politische Weichenstellungen haben die Interessenstandpunkte und die Stellungnahmen der politischen Parteien bisher relativ wenig Klarheit gebracht. Vornehmlich als Vertretung der Standpunkte interessierter Industriekreise wird unter dem Stichwort „Privatisierung öffentlicher Leistungen“ der zunehmenden Kommerzialisierung der technischen Kommunikation das Wort geredet. Zum einen wird die Forderung aufgestellt, neue technische Kommunikationsformen nicht der Infrastrukturverantwortung der Post zu überlassen, sondern der privatwirtschaftlichen Initiative zu öffnen — Beispiel ist die Diskussion um das Errichten und Betreiben von Kabelfernsehnetzen —, zum anderen wird behauptet, daß jetzt die Zeit reif sei, auch privaten Medienkonzernen die Veranstaltung von Fernsehsendungen unter „Brechung des öffentlich-rechtlichen Monopols“ zu gestatten. Die bisher dazu abgegebenen Stellungnahmen der politischen Parteien sind weitgehend ohne zukunftsweisende Perspektiven. So sind die „Medienpapiere“ von SPD und FDP vornehmlich am Status quo der „medialen Gewaltenteilung“ zwischen privatwirtschaftlich organisierter Presse und öffentlich-rechtlich organisiertem Rundfunk orientiert, ohne daß die Auswirkungen der Pressekonzentration einerseits und die Strukturprobleme der Vertretung „aller gesellschaftlich relevanter Gruppen“ in den Gremien der Rundfunkanstalten andererseits grundlegend analysiert und zum Ausgangspunkt medienpolitischer Überlegungen gemacht werden. Die CDU/CSU dagegen sieht in altliberaler Manier in der Orientierung an marktwirtschaftlichen Prinzipien alle Probleme der technischen Kommunikation gelöst.

Die Gewerkschaften, der DGB und die Einzelgewerkschaft IG Druck und Papier mit der Deutschen Journalisten Union sowie der Deutsche Journalistenverband sprechen sich dagegen aus, die „neuen“ Medien ungezügelt kommerziellen Interessen zu überlassen und fordern die öffentlich-rechtliche Organisation<sup>27)</sup>.

<sup>27)</sup> Vgl. „Videotext und Bildschirmtext“, Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Publizistik, in: Media-Perspektiven 5/77, S. 290 ff.

Ähnlich dezidiert hat sich die evangelische Kirche geäußert.

### 1. Vorschläge der KtK

Im Frühjahr 1974 wurde die KtK berufen, die der Bundesregierung bis Ende 1975 Vorschläge für ein „wirtschaftlich vernünftiges und gesellschaftlich wünschenswertes technisches Kommunikationssystem der Zukunft“ machen sollte<sup>28)</sup>. Die KtK hat ihre Beratungsergebnisse Anfang 1976 in ihrem Telekommunikationsbericht und acht Anlagebänden vorgelegt<sup>29)</sup>.

In der Diskussion um neue Telekommunikationsformen sind zwei Bereiche zu unterscheiden: Zum einen die Probleme des Errichtens, des Ausbaus und des Betriebens der Netze, zum anderen die Aspekte der Nutzung der technischen Kommunikationssysteme. Obwohl beide Bereiche nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können und obwohl ihr die Frage gestellt war: „Für welche Kommunikationsformen besteht ein gesellschaftliches, politisches und volkswirtschaftliches Bedürfnis?“, eine Frage, die auch die Nutzungsaspekte umfaßt, hat die KtK sich als Bundeskommission entsprechend ihrem allgemeinen Auftrag auf Vorschläge zum Ausbau der Netze beschränkt. Sie hat unter anderem die Trägerschaft für das Errichten und Betreiben von Kabelfernsehnetzen diskutiert, aber keine Stellungnahme abgegeben zum Problem möglicher Alternativen zur Trägerschaft im Veranstaltungsbereich, sich also nicht konkret geäußert zur Frage, ob auch private Unternehmen Fernsehen veranstalten sollten bzw. dürfen. Insofern hat die KtK immer nur Teilaspekte der Innovationsprobleme behandelt. Die Schwerpunkte der KtK-Empfehlungen lassen sich folgendermaßen kennzeichnen

<sup>28)</sup> Die unabhängige KtK bestand aus 22 Mitgliedern, davon 2 Vertretern der Bundesländer, 1 Vertreter der Gemeinden, 4 Vertretern der politischen Parteien, 4 Vertretern der Wirtschaft (2 Hersteller Nachrichtentechnischer Anlagen), 2 Vertretern der Gewerkschaften, 2 Vertretern der Rundfunkanstalten, 1 Vertreter der Zeitungsverleger, 1 Vertreter des deutschen Journalistenverbandes und 5 Vertretern der Wissenschaft (elektrische Nachrichtentechnik, Volkswirtschaft, Kommunikationswissenschaft, Rechtswissenschaft, Betriebswirtschaft).

<sup>29)</sup> 4 Bände zu „Technik und Kosten“, je 1 Band zu „Bedürfnissen und Bedarf“, „Organisation“ und „Finanzierung“.

nen, wobei die Reihenfolge auch gleichzeitig die Setzung von Prioritäten signalisiert:

1. Zum Ausbau bestehender Netze hat sie folgende Feststellungen und Empfehlungen getroffen: „Das Fernsprechen wird auch in Zukunft die bedeutendste Form der individuellen Telekommunikation bleiben.“ „Es wird empfohlen, das Fernsprechnet vorrangig, beschleunigt und kontinuierlich mit dem Ziel der Vollversorgung aller Haushalte auszubauen.“

2. Als neue Dienste auf bestehenden Netzen empfiehlt die KtK die Einführung des Bürofernschreibens und des Fernkopierens.

3. Bezüglich des Kabelfernsehens wird die Durchführung von „Pilotprojekten“ vorgeschlagen, um primär zu testen, ob und welche Bedürfnisse bzw. welcher Bedarf nach zusätzlichen (auch Rundfunk-)Diensten auf neu zu errichtenden Breitbandverteilnetzen besteht und um außerdem alternative Organisationsformen der Netzträgerschaft zu erproben.

4. Die Einführung des Bildfernsprechens, also die Möglichkeiten, daß sich die „Fernsprechteilnehmer“ auch — wie beim Fernsehen — sehen, bzw. Dokumente und Bilder zeigen können, ist nach Ansicht der KtK „wegen der hohen finanziellen Investitionen und im Hinblick auf den wenig ausgeprägten Bedarf heute noch nicht zu rechtfertigen“. Es wird aber die Förderung der weiteren Forschung, Entwicklung und Erprobung empfohlen.

Die allgemeinen Stellungnahmen zu den KtK-Empfehlungen sind zum einen gekennzeichnet von einer breiten Zustimmung zur Nüchternheit der Arbeit, zum anderen aber sind die Stimmen der Kritik nicht zu überhören, die eine unzureichende Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Überlegungen feststellen. Auch bei der KtK stehe das technisch Machbare noch zu sehr im Vordergrund der Überlegungen <sup>30)</sup>.

## 2. Vorstellungen der Bundesregierung

Die Bundesregierung stellt ihrer Diskussion der einzelnen Kommunikationsformen allgemeine Einschätzungen zur Bedeutung der Telekommunikation für die Gesellschaft und für Wirtschaft und Verwaltung voran. Außerdem geht sie einleitend auf die spezifischen Aufgaben der deutschen Bundespost ein.

<sup>30)</sup> Vgl. z. B. die Stellungnahme der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für publizistische Arbeit zum Abschlußbericht der KtK vom 8. März 1976, in: *Media-Perspektiven* 3/76, S. 128 ff.

Bezüglich der Rolle der Telekommunikation in der Gesellschaft führt sie aus:

„Die Telekommunikation kommt der Bevölkerung in allen Teilräumen der Bundesrepublik zugute. Sie trägt daher wesentlich zu gleichen Informationschancen in dichter wie in dünner besiedelten Räumen bei. Der jahrhundertlange Gegensatz von Stadt und Land, der auch auf unterschiedlichen Kommunikationschancen beruhte, ist deshalb in den letzten Jahrzehnten zu einem erheblichen Teil auch durch die Telekommunikation ausgeglichen worden. Der Ausbau der Telekommunikationswege ist deshalb ein wichtiger Bestandteil der Raumordnungspolitik der Bundesregierung.“

Die absehbare technische Entwicklung bietet die Möglichkeit, das vorhandene Kommunikationssystem so auszubauen, daß einerseits die heute relativ starre Grenze zwischen Individual- und Massenkommunikation im gewissen Umfang aufgelöst und andererseits das Angebot an Inhalten vermehrt und stärker auch auf gruppenspezifische Interessen bezogen wird <sup>31)</sup>.

Bezüglich der Bedeutung der Telekommunikation für Wirtschaft und Verwaltung wird zunächst auf die hohen Ausgaben für die geschäftliche Kommunikation hingewiesen: 1974 wurden für Fernsprecher, Briefpost, Fernschreiben, Telegramm und Geschäftsreisen unter Einschluß der mittelbaren Personal- und Sachkosten 125 Milliarden DM ausgegeben, das sind etwa 13 % des Brutto-Sozialprodukts. Sodann wird in diesem Zusammenhang eingegangen auf die umfassenden Rationalisierungsbemühungen, für die die Begriffe „Datenfernverarbeitung“ und „maschinell unterstützte Textverarbeitung“ (also Textniederschrift, Textspeichern, Korrigieren, Redigieren, Textsenden und Textempfangen durch ein und dieselbe Bürofernschreibemaschine) kennzeichnend sind, und es werden die Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten erwähnt. Schließlich wird auf die Bedeutung der Entwicklung der Telekommunikation für die deutsche Industrie hingewiesen:

„Der Umsatz der nachrichtentechnische Geräte fertigenden Industrie belief sich im Jahre 1974 auf etwa 16 Milliarden DM, wobei fernmeldetechnische Einrichtungen (einschließlich Anlagen zur Datenfernübertragung) und Rundfunkempfänger (Hörfunk, Fernsehen) das Schwergewicht bildeten.“ <sup>32)</sup>

<sup>31)</sup> Vorstellungen der Bundesregierung, a. a. O., S. 3 f.

<sup>32)</sup> Ebenda, S. 6.

Die Brutto-Investitionen zum Ausbau des Fernsprechnetzes betragen 1974 etwa 6,4 Milliarden DM und erreichten damit mehr als ein Fünftel der Investitionen in Sachanlagen der gesamten deutschen Industrie.

Hinsichtlich der Rolle der Deutschen Bundespost als öffentlichem Dienstleistungsunternehmen wird deren Infrastrukturverantwortung besonders betont und die Abhängigkeit der Fernmeldeindustrie von unternehmerischen Entscheidungen der Deutschen Bundespost herausgestellt.

Im Vorgriff auf die Erörterung der einzelnen Kommunikationsformen kann festgestellt werden, daß die KtK die euphorischen Zukunftserwartungen gedämpft und — nach ihrem Selbstverständnis — realistische Perspektiven der Weiterentwicklung der Telekommunikation bis zum Jahre 2000 aufgezeigt hat. Die Bundesregierung wiederum ist noch eine Stufe zurückhaltender und beschränkt sich auf die unmittelbaren Weichenstellungen der nahen Zukunft.

## V. Problemfelder, Prioritätsblöcke, Interdependenzen

### 1. Fernsprechen

Aus folgenden Gründen hat die KtK den vorrangigen Ausbau des Fernsprechnetzes bis zur Vollversorgung der Bevölkerung — möglichst bereits in den nächsten 10 bis 15 Jahren — empfohlen:

1. Gegenüber Massenkommunikationsformen der Verteilung von Inhalten (Fernsehsendungen, Zeitungen, Zeitschriften etc.) von einer Zentrale an viele (passive) Teilnehmer bietet das Fernsprechnet eine individuelle Verbindung zwischen frei wählbaren (beidseitig aktiven) Kommunikationspartnern an.
2. Soziale Kommunikationsprivilegien — wie sie in den unterschiedlichen Versorgungsgraden angedeutet sind — sollten soweit wie möglich abgebaut werden.
3. Die Verbesserung der kommunikativen Infrastruktur kann zur Rationalisierung von Verwaltungsabläufen und damit zur Produktivitätssteigerung der gesamten Wirtschaft beitragen.
4. Das Fernsprechnet bietet durch verstärkte und erweiterte Nutzung zur Übertragung von Sprache, Daten, Text und Festbildern ein erhebliches Innovationspotential an; sein weiterer Ausbau ist also auch erforderlich für die Realisierung neuer Dienste.

Ohne sich auf Zeiträume festzulegen, strebt die Bundesregierung langfristig den Ausbau des Fernsprechnetzes an, so daß eine Versorgung aller Haushalte ermöglicht wird. Sie legt allerdings entschiedenen Wert auf die Feststellung, daß der Ausbau getragen sein muß von der (kaufkräftigen) Nachfrage. Zur Stimulierung der Nachfrage kündigt sie zwei Maßnahmen an:

a) Werbekampagnen, um „den Kreisen unserer Bevölkerung, die heute im Gesamtver-

gleich der Fernsprechteilnehmer unterrepräsentiert sind, die Bedeutung und Vorteile eines eigenen Fernsprechanchlusses zu verdeutlichen“.

b) Weitgehende Konstanz der Gebühren, allenfalls Gebührenerhöhungen unterproportional zur allgemeinen Preisentwicklung.

Kritisch setzt sich die Bundesregierung mit der Feststellung der KtK auseinander, daß die Fernsprechgebühren vergleichsweise hoch seien. Die Eigenwirtschaftlichkeit der Deutschen Bundespost, d. h., daß ihre Erlöse alle Kosten abdecken müssen und keine Subventionen aus dem Bundeshaushalt der Post zufließen, müsse erhalten bleiben. Dies bedeute aber, daß die Überschüsse im Fernmeldewesen weiterhin zum Ausgleich der Kostenunterdeckungen in den Dienstzweigen des Postwesens herangezogen werden müssen.

In diesen Feststellungen kommt eine konsequente Betonung der Infrastruktur-Verantwortung der Post in *allen* Bereichen — sowohl des Post- als auch des Fernmeldewesens — zum Ausdruck. Besonders diejenigen, die, wie zum Beispiel die Presseverleger, gegen Rationalisierungsmaßnahmen im Postzeitungsdienst argumentieren und hier auf einem Fortbestehen der Subventionierung von Teilen des Pressevertriebes durch die Post beharren, lenken bewußt von diesen Zusammenhängen ab, wenn sie gegen die „hohen“ Telefongebühren polemisieren.

### 2. Fernsehtexte

#### *Bildschirmtext*

Im Unterschied zu den bisher behandelten Kommunikationsformen läßt sich der Problemkomplex „Bildschirmtext“ nicht auf

Aspekte des technischen Kommunikationssystems reduzieren, sondern umfaßt auch das Problem der Bereitstellung der Inhalte, die individuell über das Fernsprechnetz abrufbar sein sollen, schließt also Fragen der Organisation der „Anbieter“ (z. B. Informations- und Datenbanken) mit ein. Aufgrund der Struktur des Fernsprechnetzes in Anlehnung an die Bevölkerungsdichte ist nach Auffassung der Bundesregierung eine Regionalisierung der Bildschirmtextinhalte bis auf Gruppen von etwa 10 000 Fernsprechteilnehmern möglich, so daß hier Informationssysteme in Frage kommen, die den Zugang zu Inhalten mit engem lokalem und individuellem Bezug (z. B. spezielle Fachinformationen) erlauben. Hier könnte also — wenn die Presseverlage nicht selbst als Anbieter in Frage kommen — eine Konkurrenz zu bestimmten Formen der Presse entstehen: Die besondere Attraktivität der „Bildschirmtexte“ könnte in dem gezielt selektiven individuellen Zugriff bestehen. Die Bundesregierung geht bei den Überlegungen zur Einführung von Bildschirmtexten „vom Grundsatz der in den bestehenden Fernmelde-diensten vorhandenen und von der KtK auch für neue Telekommunikationsformen grundsätzlich empfohlenen Trennung von Netz und Nutzung aus“<sup>33)</sup>, d. h., daß die deutsche Bundespost als Anbieter des Fernmeldedienstes „Bildschirmtext“ keinerlei Einfluß nehmen dürfte auf die in diesem Dienst angebotenen Inhalte bzw. deren Bereitstellung (Grundsatz der Netzneutralität). Sie hat ihre Bereitschaft erklärt, „gemeinsam mit Interessierten“ Versuchsprojekte durchzuführen, „um weiteren Aufschluß über das öffentliche Interesse an diesen neuen Kommunikationsformen zu gewinnen“<sup>34)</sup>.

### Videotext

In einem Fernsehprogramm können z. Z. bis zu 100 Bildeinheiten „Videotext“ übertragen werden. In diesen „Seiten“ kann der Fernsehzuschauer mit Hilfe technischer Zusatzeinrichtungen zum Fernsehapparat „blättern“. Die Bundesregierung ist aufgrund der Sendestruktur der Fernsehprogramme der Meinung, daß Videotext im Unterschied zum Bildschirmtext „in erster Linie zur Verbreitung von allgemein interessierenden Textinhalten“ geeignet ist. Auch hier stellt sich die Frage nach der Trägerschaft für das inhaltliche Angebot. Nach der Interpretation des Rundfunkbegriffs durch die Bundesländer unterfällt Videotext dem Rundfunkbegriff. Damit steht die Verantwor-

tung für die Textinhalte den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zu. Gegenüber dieser Feststellung reklamieren die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger Videotext für sich mit der Begründung, daß Textpräsentationen die Domäne der Presse seien.

Auch wenn man der Meinung ist, daß der Rundfunkbegriff nicht vorwiegend technisch gefaßt bleiben sollte, muß zu dieser Frage doch berücksichtigt werden, daß die Videotextnachrichten innerhalb des Fernsehbildsignals ausgestrahlt und auf dem Fernsehschirm empfangen werden und damit dem Fernsehen verbunden bzw. an das Fernsehen gebunden sind — z. B. was die Sendezeiten angeht. Das Problem wird verdeutlicht, wenn man sich den umgekehrten — zugegebenermaßen grotesken — Fall vor Augen führt, daß die Rundfunkanstalten z. B. für Programmhinweise die ungedruckten Zeitungsränder für sich reklamieren würden. Videotext sollte daher — was die inhaltliche Seite angeht — den Rundfunkanstalten vorbehalten bleiben.

Beide Formen der Textpräsentation auf dem Fernsehbildschirm werden auf der Berliner Funkausstellung Ende August/Anfang September 1977 vorgeführt werden. Es hat lange Auseinandersetzungen darüber gegeben, in welcher Form eine Gemeinschaftsredaktion von mehreren Tageszeitungsverlagen Videotextnachrichten vorführen darf: nur als Simulation oder „echt huckepack“ auf Fernsehsignalen. Diese Auseinandersetzungen haben gezeigt, daß es um mehr geht, als die messemäßige Erprobung einer möglichen neuen Mediengattung; die Funkausstellung wird von seiten der Zeitungsverleger als medienpolitisches Exerzierfeld der Auseinandersetzung um die Rundfunkorganisation angesehen. Auf der Strecke bleibt wahrscheinlich der Zuschauer, denn bisher hat ihn noch keiner gefragt, ob er denn diese flimmernden Textzeilen überhaupt ansehen will, geschweige denn dafür bezahlen will. Vor Euphorie nach allen Seiten muß dringend gewarnt werden!

### 3. Kabel-Fernsehen

Am heftigsten umstritten und damit am ausführlichsten diskutiert unter den neuen Telekommunikationsformen ist bisher das Kabelfernsehen<sup>35)</sup>. Nach der Definition der KtK ist darunter folgendes zu verstehen:

<sup>33)</sup> Ebenda, S. 28.

<sup>34)</sup> Ebenda, S. 30.

<sup>35)</sup> Vgl. Hermann Meyn, Kabelfernsehen — Chancen und Gefahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/75, S. 3 ff.

„Kabelfernsehen (d. h. Kabelrundfunk) bedeutet die Verteilung von Rundfunkprogrammen (Fernsehen und Hörfunk) über Kabelsysteme, in denen neben den ortsüblich empfangbaren Programmen weitere am Ort drahtlos normalerweise nicht empfangbare — oder neue — Programme übertragen werden.“<sup>36)</sup>

Für das Kabelfernsehen im großen Stil sind neue Netze erforderlich, die je nach ihrer Ausgestaltung die Verbreitung zusätzlicher Programme, wie z. B. des Lokalfernsehens, erlauben, die die Realisierung des Abonnement- oder Münzfernsehens, des Pay-TV ermöglichen und die — soweit ein Rückkanal, d. h. eine Verbindung vom Empfänger zurück zur Verteilzentrale, vorhanden ist — auch die mehr oder weniger aktive Teilnahme des „Konsumenten“ am Kommunikationsprozeß ermöglichen sollen. Vornehmlich die Organisationsfragen der zwei wichtigsten Funktionsbereiche im Telekommunikationssystem, das durch Kabelfernsehen ausgebaut wird, nämlich der Funktionsbereich des Errichtens und Betreibens der Netze und der Funktionsbereich der Veranstaltung von Programmen, werden je nach „parteilichem“ Standpunkt beantwortet.

Bezüglich des Errichtens und Betreibens der Kabelfernsehnetze hat die KtK in ihrer Mehrheit vorgeschlagen, daß neben der deutschen Bundespost auch private Unternehmen und die Gemeinden nach den Richtlinien der Post als Netzträger — auch schon in Pilotprojekten — zugelassen werden sollten. Die Begründung für die Mehrheitsmeinung stellt darauf ab, den Innovationsprozeß durch die Konkurrenz verschiedener Netzträger zu fördern und damit die wirtschaftlichste Ausgestaltung der Netze herauszufinden.

Die Bundesregierung ist diesem Vorschlag der KtK nicht gefolgt. Unter Verweis auf die „Netzneutralität“ und die infrastrukturellen Voraussetzungen der deutschen Bundespost geht sie davon aus, daß es sinnvoll ist, die Netzträgerschaft für Kabelfernsehpilotprojekte der deutschen Bundespost zu übertragen. So könne auch die Vergleichbarkeit der Bedarfsermittlungen besser gewährleistet werden.

Darüber hinaus hegt die Bundesregierung Zweifel, „ob eine gleichmäßige Versorgung des Bundesgebietes, zumal wenn alle Bürger zu vergleichbaren Bedingungen Zugang zum Kabelfernsehen haben sollen, auf der Grundlage privatwirtschaftlicher oder kommunaler

Netzträgerschaft überhaupt realisierbar wäre“<sup>37)</sup>.

Zu den Fragen der Trägerschaft im Veranstaltungsbereich haben sich die KtK aufgrund ihres speziellen Auftrages und die Bundesregierung wegen der Länderzuständigkeiten nicht geäußert. Sie haben lediglich die Durchführung von Pilotprojekten vorgeschlagen zur vordringlichen Klärung der Bedarfsfragen und auch für diese Pilotprojekte die Netzneutralität gefordert, d. h., daß der Netzbetreiber keinen Einfluß nehmen darf auf die Inhalte, die über das Netz verbreitet werden.

Nach der geltenden Rechtslage sind allein die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für Fernseh- und damit auch Kabelfernsehveranstaltungen zuständig. Die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger verlangen jedoch an der Veranstaltung von Kabelfernsehen beteiligt zu werden — die einen mehr als Träger eines werbungsfinanzierten Lokalfernsehens, die anderen mehr als Veranstalter des Pay-TV. Auch der Bundesverband der deutschen Industrie hat seine Forderung angemeldet:

„Für die Nutzungsebene hält die deutsche Wirtschaft für erforderlich: die Beteiligung als gesellschaftlich relevante Kraft an zukünftigen Programträgerschaften. Grundsätzlich wird es für wünschenswert gehalten, daß die Frage geprüft wird, ob in den zukünftigen Kabelsystemen noch ein Mangel bewirtschaftet wird, oder ob die Anzahl der zur Verfügung stehenden Kanäle auch Privatträgerschaften erlaubt. Unter diesen Umständen würde sie ihren Anspruch anmelden, auch zu den Trägern zu gehören. Durch diese Wünsche würde die Trennung von Netz- und Nutzungsebene nicht berührt werden, da unterschiedliche Unternehmen und Verbände sich an den beiden Bereichen beteiligen würden.“<sup>38)</sup>

Die Bundesländer gehen bei ihren gegenwärtigen Überlegungen zur organisatorischen Ausgestaltung der Pilotprojekte von der grundsätzlichen Zuständigkeit der Rundfunkanstalten für Kabelfernsehveranstaltungen aus. In der Diskussion sind jedoch auch Mischformen, die die organisatorische Beteiligung „privater Interessenten“ im Veranstaltungsbereich ermöglichen sollen. So wird z. B. an die Schaffung einer juristischen Person zur Durchführung der Pilotprojekte gedacht, an der die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstal-

<sup>37)</sup> Vorstellungen der Bundesregierung a. a. O., S. 34 f.

<sup>38)</sup> Schreiben des Bundesverbandes der deutschen Industrie an den KtK-Vorsitzenden vom 26. 9. 1975.

<sup>36)</sup> Telekommunikationsbericht der KtK, S. 107.

ten mit mindestens 51 % beteiligt sind<sup>89)</sup>. Bei der Realisierung eines solchen Modells würden es sich die Zeitungsverleger als Trittbrettfahrer ohne Risiko unter dem Rundfunkdach gemütlich machen. Hier droht die Gefahr, daß das Prinzip der öffentlich-rechtlichen Organisation von Fernsehveranstaltungen ausgehöhlt wird und die dann lediglich formale Letztverantwortlichkeit der Anstalten die „Privatisierung“ des Rundfunks verschleiert.

Die generelle Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, daß der „Rundfunk als modernes Instrument der Meinungsbildung weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert werden darf“ und daß deshalb für Rundfunkveranstalter die Organisationsprinzipien über die Beteiligung aller in Betracht kommenden Kräfte gelten müssen, gilt nicht nur heute noch, sondern wird auch in Zukunft fortgelten. Die Sondersituation des Rundfunks gegenüber der damaligen Pressestruktur im Jahre 1961, die sich auf die Engpässe bei den Sendefrequenzen und die hohen Kosten der Herstellung eines vollen Fernsehprogramms bezieht, besteht unverändert weiter. Aus dieser Sondersituation ergibt sich, daß die Zahl der Träger von Rundfunkveranstaltungen verhältnismäßig klein bleiben wird, auch unter den Bedingungen des Kabelrundfunks, und hieraus folgt, daß es besondere Vorkehrungen zur Sicherung der institutionellen Rundfunkfreiheit geben muß.

*Erstens* kann im einzelnen damit begründet werden, daß zunächst aus Rentabilitäts Gesichtspunkten des Netzbetreibens es nur Inselnetze geben wird, die Anschlußmöglichkeiten nur für eine kleine Zahl von Teilnehmern ermöglichen. Damit werden sich die Auswahlmöglichkeiten für die große Masse der Fernsehzuschauer nicht erweitern. Aber selbst denjenigen, die sich anschließen können, hilft eine Übertragungskapazität des Kabels von 20 Fernsehprogrammen wenig, da die jetzt vorhandenen Endgeräte, auch die möglicherweise erst vor kurzer Zeit angeschafften Farbfernsehgeräte, nur für die Nutzung von sechs Kanälen ausgerüstet sind und weitere Kanäle nur mit Zusatzgeräten nutzbar ge-

macht werden können. Die Anschaffung dieser Geräte ist mit zusätzlichem finanziellen Aufwand beim Teilnehmer neben den Kosten für den Netzanschluß verbunden. Es kommt insgesamt nicht auf die potentielle Nutzungsmöglichkeit für eventuelle Teilnehmer, sondern nur auf die aktuelle Empfangbarkeit zusätzlicher Programme an.

*Zweitens* werden auch die Kosten für die Herstellung eines vollen Fernsehprogramms in Zukunft hoch bleiben. Die Schätzung allein für die Erstausrüstung eines Studios für das Lokalfernsehen beläuft sich auf mindestens 1,7 Mill. DM und die Kosten einer Programmminute im Lokalfernsehen auf ca. 500 DM. Das Argument, man könne alles billiger und einfacher haben, zieht nicht, da einerseits heute gewisse Qualitätsanforderungen von den Fernsehteilnehmern an die Programme gestellt werden, andererseits auch von den bestehenden Anbietern Standards gesetzt werden, die Richtpunkte für die sein müssen, die als Newcomer auftreten. Diese Zahlen bedeuten also, daß der finanzielle Aufwand für Programmveranstaltungen weiterhin so hoch ist, daß nicht „jedermann“ Veranstalter werden kann. Selbst diejenigen, die an die regulierende Funktion der „invisible hand“ der Konkurrenz im Medienbereich glauben, müßten einsehen, daß der Zugang der Veranstalter zu den Netzen nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben kann, es sei denn, man akzeptiert von vornherein den closed shop des Angebotsoligopols der wenigen großen finanzkräftigen Medienkonzerne.

Schließlich ist *drittens* darauf hinzuweisen, daß selbst unter der hypothetischen Voraussetzung, es gäbe keine Sondersituation im Rundfunkbereich mehr, es eine Reihe gewichtiger Gründe für die gesellschaftspolitische Entscheidung zugunsten des gesetzlich verankerten, öffentlich-rechtlichen Prinzips der Organisation von Kabelfernsehveranstaltern gibt. Rundfunkveranstalter nehmen eine öffentliche Aufgabe wahr. Sie sollen die unterschiedlichen Auffassungen und Meinungen der relevanten Gruppen der Gesellschaft zum Ausdruck bringen, den einzelnen Kräften, unabhängig davon, ob sie eine Mehrheit oder Minderheit repräsentieren, Artikulationschancen gewähren und damit ein integrierend wirkendes Diskussionsforum abgeben. Dafür ist die institutionelle Sicherung der inneren Unabhängigkeit des Rundfunks und seiner Mitarbeiter erforderlich. Diese Ziel- und Wertvorstellungen sind nur dann erreichbar, wenn Rundfunkveranstalter öffentlich-rechtlich nach den Prinzipien des Bundesverfassungsgerichts organisiert werden. Selbst ein funktionsfähiger

<sup>89)</sup> Vgl. auch „Lokales Kabelfernsehen Kassel“, Gedankenskizze des Hessischen Rundfunks zu einem Versuchsprojekt: Vorstellungen — Prämissen — Positionen, in: Media-Perspektiven 2/76, S. 41 ff., S. 49. Dieses gedankliche Modell findet sich nicht mehr in: „Hessische Landesregierung legt Pilotprojekt-Skizze Kassel vor“, in: Media-Perspektiven 2/77, S. 106 ff. Auch in: Norddeutscher Rundfunk: Vorstellungen über ein Kabelpilotprojekt in Hamburg, in: Media-Perspektiven 5/77, hat dieses sog. Hamburger Modell nicht Eingang gefunden.

ökonomischer Wettbewerb, der unter den gegebenen ungleichen finanziellen Startchancen möglicher privater Kabelfernsehveranstalter nicht zu initiieren ist, muß zu Konzentrationserscheinungen führen, die den potentiell offenen Zugang zum Markt der Veranstalter von Anfang an verengen und die Auswahlmöglichkeiten für den Teilnehmer beschneiden.

Ganz abgesehen davon, daß eine weitgehende Finanzierung über Werbung zu ökonomischen und publizistischen Abhängigkeiten führt, die das Programmspektrum noch weiter einengt und auf den angeblichen Massengeschmack zuschneidet: die Durchsetzung spezieller ökonomischer und/oder publizistischer bzw. politischer Interessen in oligopolistischer Konkurrenz würde wie auf dem Pressemarkt den Kabelfernsehmarkt bestimmen zum Schaden für die Offenheit der Kommunikationsprozesse. Hinzu käme, folgt man den Modellvorschlägen der Verleger bzw. den Überlegungen zu institutionalisierten Kooperationsformen, daß Presseverleger über das Kabelfernsehen in den Bereich des Rundfunks eindringen würden. Damit würden aber nur einige wenige Multimedia-Konzerne den Markt beherrschen, der von dem Angebot von AV-Programmen über das von Kabelfernsehveranstaltungen, Lokalfernsehen und Pay-TV bis hin zur Tagespresse, Zeitschriften und Büchern reicht.

Derartige Verflechtungen zwischen den Bereichen des Rundfunks und der Presse wären mit der vom Grundgesetz gewollten und vom Bundesverfassungsgericht immer wieder auch unter dem Gesichtspunkt der Informationsfreiheit betonten Eigenständigkeit der Medien nicht zu vereinbaren. Bei privatwirtschaftlicher Organisationsform auch von Kabelfernsehveranstaltern ist die Medientrennung nicht realisierbar, denn wie auch die Erfahrungen der amerikanischen Antitrustpolitik lehren, sind Verflechtungsverbote materiell nicht durchsetzbar. Medientrennung und damit Eigenständigkeit der Medien ist daher nur herstellbar, wenn Rundfunkveranstalter öffentlich-rechtlich organisiert bleiben. Alle Erfahrungen mit privatrechtlich organisierten kommerziellen Betrieben im Fernsehen, auch Kabelfernsehen, besonders in den USA sprechen dafür, nicht Kapitalmacht als Engpaßfaktor im Veranstaltungsbereich zuzulassen bzw. nicht als Faktor durchschlagen zu lassen, mit dessen Hilfe das Programmangebot reguliert und damit die Kommunikation begrenzt wird<sup>40)</sup>.

Aufgrund dieser Gesichtspunkte ist besonders die Diskussion um das Pay-TV kritisch zu ver-

folgen. Unter der Voraussetzung, es gäbe funktionsfähige Kabelfernsehnetze, könnte das Pay-TV der heimliche Einstieg zum privaten Fernsehen werden. Zunächst würde die bestehende Rundfunkorganisation für schon vorhandene Programme unangetastet bleiben. Pay-TV ohne Werbung würde die Existenzbedingungen der Presse unangetastet lassen. Pay-TV könnte bei raffiniertem Einführungsangebot eine bedarfsgerechte Finanzierungsform darstellen. Pay-TV würde aus der Sicht der Multimedia-Konzerne am ehesten geeignet sein zum Absatz bereits produzierter Programme und zur Erschließung des Marktes. Meines Erachtens sollte deshalb das Experiment mit Kabelfernsehveranstaltungen unter materieller Verantwortung der Rundfunkanstalten durchgeführt werden.

Dieses Plädoyer für die gesellschaftspolitische Entscheidung zugunsten öffentlich-rechtlicher Organisationsformen im Veranstaltungsbereich des Kabelfernsehens bedeutet jedoch nicht, daß alle konkreten Ausgestaltungen des Prinzips der öffentlichen Kontrolle in den bestehenden Rundfunkanstalten als jedweder Kritik entzogen anzusehen sind. Es muß nur darauf geachtet werden, daß nicht die Diskussion über stände- und interessenstaatliche Vorstellungen bei der Zusammensetzung der Gremien über Parteienproporz und Bürokratisierungstendenzen dazu benutzt wird, das Prinzip selber aus den Angeln zu heben, um damit der Realisierung des privaten kommerziellen Rundfunks ein Stück näherzukommen.

#### 4. AV-Medien

Die neuen audio-visuellen Speichermedien (Video-Kassettenrecorder und Bildplattensysteme) haben bisher noch keinen „Massenmarkt“ gefunden, so daß keine gesicherten Aussagen über die Schwerpunkte ihrer Nutzung und damit über die Rückwirkungen auf andere Medien wie Fernsehen und Presse gemacht werden können. Zwei parallele oder auch konkurrierende Entwicklungsrichtungen sind denkbar:

1. Die Entwicklung der AV-Medien in Komplementarität zum Fernsehen, d. h., daß Video-Kassettenrecorder vornehmlich zum Mitschneiden, zum Aufzeichnen von für den jeweiligen Nutzer interessanten Fernsehsendungen benutzt werden.

2. Die Ausbreitung der AV-Medien in Konkurrenz zum Fernsehen, d. h., daß konfektionierte AV-Programme vornehmlich von privatwirtschaftlichen Medienkonzernen dem „Publikum“ angeboten werden über den Fach- und Versandhandel oder als Beilagen

<sup>40)</sup> Vgl. Hans J. Kleinsteuber, Fernsehen und Geschäft, Hamburg 1973.

zu Zeitungen und Zeitschriften — als „Werbegeschenke“ und/oder gegen Entgelt.

Naheliegender ist in diesem Zusammenhang in Analogie zur Verkaufsförderung der Schallplatten durch Radiosendungen, durch die Herannahme privatproduzierter AV-Inhalte in öffentlich-rechtlich organisierte Fernsehsendungen diese AV-Programme für den Massenabsatz „reif“ zu machen. Dies ist keineswegs unrealistisch, da auch heute schon privatproduzierte Inhalte (besonders Unterhaltungssendungen) von den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten aufgekauft und gesendet werden.

Beide Entwicklungen werden — jedoch in unterschiedlicher Form — Rückwirkungen auf die Struktur des Fernsehangebotes haben. Zur Förderung der ersten möglichen Entwicklung käme es darauf an — unter Wahrung des Programmauftrages der Rundfunkanstalten —, ein mehr zielgruppenorientiertes Programm anzubieten, d. h. insgesamt die individuellen Auswahlmöglichkeiten zu verbessern. Zur Abschwächung der Gefahren der zweiten Entwicklung, nämlich der zwangsläufigen Tendenz zur weiteren Kommerzialisierung der Programme in Ausrichtung auf den angeblichen „Massengeschmack“, wird diskutiert, ob die Rundfunkanstalten nicht selbst aus ihrem großen Programmreservoir AV-Kassetten anbieten sollten. Hierbei ist freilich zu bedenken, daß dann wahrscheinlich hauptsächlich die meist schon von privaten Unternehmen produzierten und als besonders attraktiv an-

gesehenen Sendungen auf Kassettennachfrage stoßen. Der Verweis auf die angebliche „Konsumentsouveränität“ in diesem Zusammenhang verschleiern die Tatsache, daß besonders im Bereich der Kommunikationsgüterindustrie Bedürfnisse und Bedarf vom Angebot vorstrukturiert und beeinflusst werden mit erheblichen Rückwirkungen bis hin zum politischen Verhalten der einzelnen Bürger. Auch aus diesen Gründen ist die Erhaltung und Festigung der öffentlich-rechtlichen Struktur der Rundfunkanstalten und der gesellschaftlichen Kontrolle ihres Programmangebots in einer ansonsten privatwirtschaftlich-rentabilitätsorientierten Medienlandschaft zu fordern.

Abschließend mag kaum noch die Hoffnung auf Ansätze zu einem „medienpolitischen Gesamtkonzept“ geäußert werden. Medienfragen sind Machtfragen. Bei allen medienpolitischen Entscheidungen ist deshalb zu fordern, daß die Willensbildungsprozesse transparent gemacht werden, damit Interessenstandpunkte als solche erkannt und diskutiert werden können. Besonders die geplanten Pilotprojekte<sup>41)</sup> dürfen nicht zum Alibi für mangelnde Medienpolitik werden. Die Probleme der Medienentwicklung sind insgesamt zu wichtig, als daß man deren Lösung anonymen Lobbyisten überlassen könnte.

<sup>41)</sup> Vgl. Bernd-Peter Lange, Marktideologie oder Binnenpluralismus. Bemerkungen zum Problem der Beteiligung „gesellschaftlich relevanter Gruppen“ in Pilotprojekten, in: Media-Perspektiven 2/77 S. 61 ff.

# Ein Wachstumskonzept und seine Grenzen

## Zum Bericht der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel

### Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein hoch-industrialisiertes Land. Infolgedessen kann die wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation ihrer Bürger durch eine steigende Abhängigkeit aller von allen und durch eine steigende Künstlichkeit der Lebenswelt charakterisiert werden. Hinzu kommt die Abhängigkeit von der Einfuhr zahlreicher industriell lebensnotwendiger Rohstoffe, deren Menge ebenfalls laufend zunimmt. Im Gegensatz zu einem Agrarstaat ist ein Industriestaat dieser Art ein außenpolitisch, wirtschaftspolitisch und gesellschaftspolitisch sowie ökologisch hochempfindliches System.

Die zivilisatorische Entwicklung zu diesem komplizierten System basierte auf der unreflektierten Annahme, daß alle durch Wissenschaft und Technik sowie durch das Wirtschaftswachstum verursachten Strukturveränderungen in diesem System Fortschritte für die zivilisatorische Lebensform darstellen müßten. Inzwischen hat sich jedoch zunehmend gezeigt, daß ein derartiger unkritischer Technik- und Wachstumsoptimismus nicht haltbar ist. Die direkten und indirekten Wirkungen der Zivilisationsentwicklung können nicht nur lebensfördernd, sondern ebenso lebensbedrohend sein, und zwar nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für den internationalen Verbund, in den die Bundesrepublik eingebettet ist.

In zunehmendem Maße treten auf nationaler und internationaler Ebene Konflikte zutage, die sich nicht mehr allein mit den Mitteln der klassischen Machtpolitik lösen oder aus ihr erklären lassen. Denn hier gerät nicht eine spezielle Machtpolitik an ihre Grenzen, sondern die Weiterentwicklung der industriellen Lebens- und Wirtschaftsform insgesamt. Andererseits hat die industrielle Welt bereits eine zivilisatorische Eigendynamik des raschen Wandels entwickelt, die sich nicht ohne schwerste gesellschaftliche Folgen abbremsen läßt. Eine akzeptable Lösung dieser Problematik kann daher nur in einer verbesserten Steuerung der zivilisatorischen Vorgänge gesucht werden.

Eine Politik, die diesen Versuch unternimmt, ist ungleich schwieriger als die klassische Machtpolitik, da neben Machtausübung und Machtausgleich auch die wissenschaftlich fundierte Steuerung der Zivilisation gefordert wird. Daß es sich wegen der Komplexität der zivilisatorischen Entwicklung hierbei um einen Lernprozeß sowohl von Politik als auch von mit ihr koordinierter Wissenschaft handeln muß, ist klar. Daher kann auch nicht erwartet werden, daß wissenschaftlich-politische Kooperation perfekte Lösungen für die anstehenden Probleme anbietet. Es wird sich

### INHALT

#### Einleitung

- I. Gestaltete Expansion
- II. Psychologische Belastungen
- III. Umweltbelastungen
- IV. Strukturkrise
- V. Exportabhängigkeit
- VI. Globalentwicklung
- VII. Bevölkerungsentwicklung
- VIII. Politische Folgerungen

vielmehr im allgemeinen um einen dialektischen Prozeß von Thesen und konstruktiven Antithesen zur Erarbeitung von tragbaren Synthesen handeln.

Die Erweiterung der Politik von der Machtausübung zur Zivilisationssteuerung ist nicht neu. In den modernen Industriegesellschaften verlangt die Abhängigkeit aller von allen nach einem Regulativ, das durch den Staat und die ihm angeschlossenen Institutionen gebildet wird. Neben den klassischen Staatsaufgaben der Rechtsprechung und Verteidigung übernimmt der Staat in diesen Gesellschaften zusätzlich die wirtschaftliche Steuerung (soweit möglich), die notwendige Umverteilung, die Zukunftsvorsorge, und zwar nicht nur sozial, sondern auch wissenschaftlich-technisch, sowie eine große Anzahl von Dienstleistungen, die nur kollektiv gemeistert

werden können. Durch den zur Bewältigung dieser Aufgaben notwendigen Apparat besitzt der Staat bzw. seine politische Führung bereits eine außerordentlich große politische und wirtschaftliche Macht, die viel universaler als in früheren Zeiten eingesetzt werden kann. *Worauf es bei der Durchführung moderner Politik daher ankommt, ist nicht die Schaffung neuer Machtinstrumente, sondern die intellektuelle Durchdringung der sich stellenden Aufgaben und die langfristig konzipierten Lösungsansätze dafür.*

Im Sinne dieser Aufgabenstellung hat die Bundesregierung eine Kommission mit der Untersuchung beauftragt, im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung wirtschafts- und gesellschaftspolitische Möglichkeiten aufzuzeigen, um den technischen und sozialen Wandel zu fördern und im Interesse der Bevölkerung zu gestalten. Diese Kommission hat im Januar 1977 ein umfangreiches Gutachten als Ergebnis ihrer fast sechsjährigen Tätigkeit vorgelegt<sup>1)</sup>. Die Thematik dieses Gutachtens kann sachlich in den Bereich der Zivilisationsökologie eingeordnet werden. Die Ökologie ist die Wissenschaft von den Beziehungen und Abhängigkeiten zwischen Organismen und ihrer Umwelt, von dem gegenseitigen Zusammenwirken von Lebensgemeinschaften und von deren innerer Struktur.

Es wurde bereits in der Einleitung darauf hingewiesen, daß im vergangenen Jahrzehnt Konflikte aufgebrochen sind, die sich nicht mit den Mitteln der traditionellen Machtpolitik lösen lassen. Beim Versuch, Lösungen für diese Konflikte zu finden, stellt sich die Frage: Welche Konflikte sind existenziell und welche sind nur Randerscheinungen? Wäre man wissenschaftlich in der Lage, das System „Welt“ ganzheitlich in seiner Problematik zu durchleuchten, so müßte sich eine einheitliche, universal gültige Rangfolge der zu lösenden Probleme ergeben. Davon ist man gegenwärtig noch weit entfernt. Die Folge davon ist, daß je nach dem eingenommenen Standpunkt eine verschiedenartige Rangfolge entsteht. In diesem Abschnitt soll diejenige Problemliste behandelt werden, die sich aus der Sicht der Bundesregierung ergibt. Eine erste

<sup>1)</sup> Eine zusammenfassende Darstellung des Gutachtens erschien in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (B 18/77): H. Kohn, F. Latzelsberger, Steuerungsprobleme in Wirtschaft und Gesellschaft.  
<sup>2)</sup> H. Stumpf, Leben und Überleben, Stuttgart 1976.

Setzt man Zivilisation davor, so werden diese Fragen speziell für die menschliche Gesellschaft wissenschaftlich behandelt, unter Einbeziehung aller Faktoren, die die Zivilisation bewirkt.

Vom Autor dieses Aufsatzes wurde eine Zivilisationsökologie unter spezieller Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland verfaßt<sup>2)</sup>, deren Themen sich teilweise mit den Themen des Gutachtens der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel überschneiden. Vorweg sei festgestellt, daß sich die Aussagen des Verfassers und jene der Kommission in vielen wesentlichen Punkten decken. Andererseits ergibt sich aus dem Vergleich der genannten Arbeiten aber auch, daß der zivilisationsökologische Ansatz auf gravierende Probleme hinweist, die von der Kommission nicht voll aufgenommen und in ihren Konsequenzen nicht aufgearbeitet worden sind. In dieser Arbeit soll dies im einzelnen dargestellt und damit im Sinne der dialektischen Aufarbeitung eine konstruktive Kritik am Kommissionsbericht gegeben werden. Zur Durchführung dieser Kritik werden in einem ersten Abschnitt die wesentlichen Ergebnisse der Kommissionsarbeit wiedergegeben, um in den nachfolgenden Abschnitten die kritische Diskussion darauf beziehen zu können.

## I. Gestaltete Expansion

grobe Einteilung führt auf drei Problemkreise, nämlich

- die außenpolitische Absicherung der Bundesrepublik,
- die wirtschaftliche Existenzsicherung der Bundesrepublik,
- die gesellschaftliche Stabilisierung der Bundesrepublik.

Die Kommission beschäftigt sich nur mit den eng verknüpften Problemkreisen zwei und drei. Die den Staat seit einiger Zeit am meisten bedrängenden Probleme sind darin

- die Arbeitslosigkeit,
- die steigenden Staatsausgaben und Sozialkosten,
- die Inflation.

Ausgangspunkt ist demgemäß die wirtschaftliche Problematik. Die Kommission stellt fest, daß der starke wirtschaftliche Aufschwung und die hohen Wachstumsraten der fünfziger

und frühen sechziger Jahre das Vertrauen der Öffentlichkeit und der verantwortlichen Politiker in die Mechanismen der marktwirtschaftlichen Ordnung begründeten und weitergehende gezielte wachstumspolitische Aktivitäten als überflüssig erscheinen ließen, d. h., man vertraute auf die Selbstregulierungsfähigkeit des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems. Unter dem Eindruck der wachsenden Schwierigkeiten setzte sich jedoch allmählich die Einsicht durch, daß von diesen Ordnungsprinzipien nicht nur positive Wirkungen ausgehen. Der nach diesen Prinzipien sich vollziehende politische Prozeß tendiert zu einer Orientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an der Erfüllung von kurzfristigen Funktionszielen bei gleichzeitiger Vernachlässigung langfristiger Gestaltungsziele und zur Zurückstellung konfliktreicher und strukturgestaltender Aufgaben. Um eine aktiv gestaltende, längerfristig orientierte Politik auszubauen, empfiehlt die Kommission, die Forschung systematisch zu fördern, damit langfristige Prognosen und Konzeptionen für alternative Entwicklungen in gesellschaftlichen Teilbereichen erarbeitet werden können. Darauf aufbauend, sollten Regierung und Parteien in verstärktem Maße längerfristige Entwicklungsziele und Gestaltungsalternativen diskutieren und daraus Vorschläge erarbeiten. Da eine funktionierende Wirtschaft eine notwendige Voraussetzung dafür ist, daß Staat und Gesellschaft überhaupt in die Lage versetzt werden, eine Entwicklung in eine gewünschte Richtung einzuleiten, legt die Kommission das Hauptgewicht auf die wirtschaftliche Entwicklung. Sie fordert als wirtschaftliche und gesellschaftliche Strategie „eine gestaltete Expansion bei Vollbeschäftigung“. Dies macht ein abgestimmtes Vorgehen in mehreren politischen Bereichen notwendig:

- Förderung der privaten Investitionstätigkeit;
- Erhöhung der nominalen Staatsausgabenquote;
- Langfristorientierung des staatlichen Ausgabenverhaltens;
- Erleichterung des Strukturwandels mit Hilfe der sektoralen und regionalen Strukturpolitik, der Raumordnungspolitik, der Umweltpolitik und der Forschungs- und Technologiepolitik;
- Absicherung der gestalteten Expansion über die Stabilisierungs-, Verteilungs- und Wettbewerbspolitik.

Es ist nicht notwendig, im Rahmen dieser Diskussion auf weitere Einzelheiten einzugehen. Es soll nur nochmals darauf hingewiesen werden, daß zwischen den Aussagen der Kommission und denen des Autors über die zivilisationsökologische Situation der Bundesrepublik weitgehende Übereinstimmung besteht, was in den beiden Arbeiten nachgelesen und verglichen werden kann. Aber die zivilisationsökologische Analyse geht in dem von ihr gesetzten Rahmen weit über das Gutachten der Kommission hinaus. *Die Frage, die sich damit stellt: Sind die von der Kommission aufgetragenen Probleme wirklich die zentralen Probleme, so daß sich die politische Tätigkeit und Entscheidung auf diese Probleme konzentrieren sollte, oder gibt es daneben (oder dahinter) noch mächtigere und fundamentalere Probleme, ohne deren zusätzliche Einbeziehung eine längerfristig orientierte Politik nur Stückwerk bleiben muß?* Diese, wie sich herausstellen wird, zentrale Frage soll hier behandelt werden. Dazu werden in den nachfolgenden Abschnitten zunächst die einzelnen Problembereiche dargestellt und in einem Schlußabschnitt darauf aufbauend konstruktive kritische Alternativen aufgezeigt.

## II. Psychologische Belastungen

Auf die Bundesbürger insbesondere in den Ballungsräumen wirkt ein ganzes Bündel negativer sozialpsychologischer Faktoren, die entsprechende sozialpsychologische Belastungen zur Folge haben. Man kann dabei aufgliedern in Belastungen, die verursacht werden durch

- fehlgeleitete Lebensweisen der Industriegesellschaft;
- Einflüsse von Ballungsräumen und Arbeitsbedingungen;

- Erziehungs- und Betreuungsdefekte;
- Informations- und Reizüberflutung im Kommunikationsbereich.

Zur Begründung dieser Feststellungen mögen folgende Hinweise dienen: Die Demokratie bietet nur einen gewissen Grundbestand von Verhaltensregeln, der durch weitere Verhaltensmaßstäbe ergänzt und aufgefüllt werden muß. In den vergangenen Jahrzehnten wurde sozial und ideell, unter Einfluß von Massenmedien und Reklame, von Konsum- und Produk-

tionszwang der Wohlstandsbürger erzeugt und dabei die Ausbildung von ökologisch und sozial negativ wirkenden Verhaltensweisen begünstigt. Dazu zählen u. a. das Streben nach eigenem Vorteil ohne Rücksicht auf das Gemeinwesen; die Unfähigkeit, sich selbst einzuschränken; das Streben nach maximaler Bequemlichkeit; das Streben nach dem Gewinn momentaner Lust im Genuß ohne Rücksicht auf gesundheitliche Schäden oder ökologische Folgen; die Unfähigkeit zur Kindererziehung durch gelebtes Vorbild; die Neigung zum Konsum von Gewaltdarstellungen und Sensationen. Verstärkt wird dieser Trend zum hedonistischen Materialismus durch den Umstand, daß durch die jüngste Geschichte für die Bundesbürger die Möglichkeiten zur nationalen Identifikation in einem Gemeinsinn erfordernden Vaterland brüchig geworden sind. In den Ballungsräumen können große Menschenmengen nur bei äußerster Disziplin auf engem Raum zusammenleben. Der Zwang zum einwandfreien Funktionieren im zivilisatorischen Apparat ohne Ausbruchsmöglichkeiten bewirkt einen Dauerstreß. Hinzu kommen die Streßbelastungen durch Lärm, den Individualverkehr mit allen Folgen, die Durchbrechung der natürlichen Tagesrhythmen sowie die Belastungen durch monotone und psychologisch wie physiologisch einseitige Arbeitsbeanspruchung und die auf ein Vielfaches gegenüber früheren Zeiten gesteigerten menschlichen Interaktionen.

In der Kindererziehung und -betreuung wirkt sich das Zivilisationsleben in doppelter Weise negativ aus: Einerseits ist der Zivilisationsmensch aufgrund der geschilderten Belastungen oft unfähig, dieser Aufgabe voll gerecht zu werden, andererseits wird durch die mangelhafte Erziehung und Betreuung die Unfähigkeit, dieses Problem zu bewältigen, für die nachwachsende Generation geradezu vorprogrammiert, da geschädigte Kinder als spätere Erwachsene mit solchen Aufgaben erst recht überfordert sind. Hinzu kommt, daß die Kinder in den Ballungsräumen in verstärktem Maße den genannten Belastungen unterworfen sind. Von den Informationsmedien wird der Bürger mit mangelhaft verarbeiteter Information überschüttet. Das Fernsehen übt eine suggestive Gewalt auf die meisten Menschen aus und führt zusammen mit allen anderen Einflüssen zu einer Reizüberflutung. Die sogenannten Unterhaltungskünste haben eine desintegrierende Wirkung, da in ihnen ständig Konflikte dargestellt werden. Nach amerikanischen Untersuchungen hat ein 17jähriger im Durchschnitt am Fernsehen bereits rund 18 000 Morde miterlebt. Auch wenn in der Bundesrepublik nicht so extreme Verhältnisse vor-

liegen, so sind sie doch damit vergleichbar. Auf einer höheren Ebene, im wissenschaftlichen, technischen und administrativen Bereich, ertrinken die Fachleute nahezu in der angebotenen Literatur, wobei auch diese Darstellungen oft nur mangelhaft verarbeitet sind. Die Folgen dieser Belastungen machen sich bemerkbar in

- psychosomatischen Erkrankungen,
- Neurosen und Psychosen,
- Kriminalität,
- Suchterscheinungen,
- radikalen und terroristischen Bestrebungen.

Die Tendenz dieser Belastungsfolgen ist steigend. Insgesamt bewirken sie wachsende Aggressivität und zunehmende Degeneration. Dies sei an einigen Beispielen verdeutlicht.

In der Bundesrepublik gibt es nach verschiedenen Schätzungen rund 6 bis 9 Millionen psychisch erkrankte Bundesbürger, das sind etwa 10 bis 15 % der Gesamtbevölkerung oder jeder sechste Mensch, der einem begegnet. Diese neurotischen Erkrankungen sind nicht nur eine Privatangelegenheit der Betroffenen, sondern sie verursachen psychische und soziale Fehlleistungen, die sich auch auf die Allgemeinheit auswirken, u. a. in der Kriminalität. Von 1965 bis 1973 haben sich Mord und Totschlag, Raub, Brandstiftung und Körperverletzung nahezu verdoppelt. In indirekter Weise wirkt sich die neurotische Belastung der Bevölkerung auch auf die Kindererziehung aus. Die Zahl der gerichtlich aufgeklärten Kindesmißhandlungen beträgt gegenwärtig pro Jahr über 2 000, die Dunkelziffer schwankt je nach Schätzung zwischen 6 000 und 400 000. Statistisch werden Quälereien mit Todesfolge, vermutlich zwischen 200 und 700 pro Jahr, nur ungenügend erfaßt. Täglich sind in Westdeutschland rund eine Million Kinder im Alter von 3 Monaten bis zu 6 Jahren nicht in der Obhut ihrer Mütter, weil diese den ganzen Tag arbeiten. Viele dieser Kinder haben keine Verwandten und keinen Platz im Kinderhort; sie sind sich selbst überlassen. Fast 17 000 Kleinkinder wachsen in der Bundesrepublik mutterlos in Heimen heran, 61 000 Kinder leben in Kinderheimen, 50 000 in Heimen für freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung. Sozialpsychologische Untersuchungen zeigen den Zusammenhang dieser defekten Erwachsenenwelt mit der Verwahrlosung der Jugend auf. Die von ihren Eltern und der Erwachsenenwelt seelisch im Stich gelassenen und vielfach sogar mißhandelten Jugendlichen reagieren darauf

anarchisch und psychopathologisch. Die Jugendkriminalität steigt auffällig und noch stärker als die allgemeine Kriminalität; dabei ist wiederum der überproportionale Anteil der Ballungszentren statistisch nachweisbar.

Die Suchtneigung soll ebenfalls an Zahlen verdeutlicht werden. Es wurden 1973 ausgegeben:

- 15,2 Milliarden DM für Tabakkonsum,
- 30,0 Milliarden DM für Alkoholkonsum,
- 15,0 Milliarden DM für Zucker- und Weißmehlprodukte (vor allem Feinbackwaren).

Bei vielen Menschen hat der Umgang mit Auto oder Motorrad Suchtcharakter. Die Verkehrsunfälle forderten rund 18 800 Tote und 165 700 Schwerverletzte im Jahr 1972. Insgesamt werden die sozialen und ökologischen Folgekosten des Autoverkehrs auf mindestens 35 Milliarden DM im Jahr 1972 geschätzt. Läßt man den Mißbrauch anderer Zivilisationsgüter (z. B. Medikamentenmißbrauch, Energieverschwendung, Fehlleitung von Rüstungsausgaben) gänzlich außer acht, da dieser statistisch nur schwer erfassbar ist, so macht allein der Tabak-, Alkohol- und Süßwarenverbrauch sowie der Verkehrsschaden etwa 95 Milliarden DM, d. h. ungefähr vier Fünftel des gesamten Bundeshaushalts von 1974 aus. Alle Zahlen haben steigende Tendenz.

Die Suchtneigung ist demnach nicht nur ein individuelles Problem. Im folgenden daher noch einige Hinweise zu den Auswirkungen der Sucht.

Am bekanntesten sind die Folgen des Rauchens. Die Mortalitätsrate von Rauchern liegt erheblich höher als die der Nichtraucher. Raucher sind im Durchschnitt um 28 % mehr krank als Nichtraucher. Der Zusammenhang zwischen Rauchen und Herzkrankheiten ist statistisch einwandfrei gesichert. Weniger bekannt ist, daß die Auswirkungen von Alkohol, Zucker und Weißmehl zu praktisch den gleichen Degenerationskrankheiten führen, die mit dem Sammelbegriff Saccharidose bezeichnet werden. Dazu gehören u. a. Gebiß-

verfall, Diabetes, Herzinfarkt, Fettsucht, Magen- und Zwölffingerdarmgeschwür, Krampfadern, Arteriosklerose, Begünstigung von Krebs und für Alkohol insbesondere Leberzirrhose. Von den etwa 60 Millionen Westdeutschen sind eine Million Diabetiker. Nach Reihenuntersuchungen kann man sogar annehmen, daß eine zweite Million Menschen schon Diabetiker sind, ohne es zu wissen. Es herrscht weiterhin Übereinstimmung darüber, daß in der zivilisierten westlichen Welt insgesamt bei schon 20 % der Bevölkerung, also bei jedem Fünften, eine diabetische Stoffwechselstörung vorliegt.

In der Bundesrepublik gibt es etwa 7 % aktuelle und potentielle (latente) Alkoholiker, wobei die Alkoholiker ein ungewöhnliches, vom Durchschnitt abweichendes Trinkverhalten aufweisen, das für die betreffende Person mit objektiven äußeren oder/und mit subjektiven inneren Problemen verbunden ist. Diese 7 % sind etwa 4,2 Millionen Menschen! Neben Nikotin und Alkohol werden auch noch härtere Drogen konsumiert. In den vergangenen Jahren hat sich die Toxikomanie, die suchtmäßige Einnahme immer größer werdender Dosen von Gift, in erschreckender Weise ausgebreitet.

In diesem Zusammenhang ist auch das Überangebot einer nahezu völlig denaturierten Nahrung zu nennen, das zum Ansteigen der sogenannten Zivilisationskrankheiten wesentlich beiträgt. Auch die Überernährung ist ein Suchtproblem, das verstärkt wird durch die gleichzeitige Fehlernährung. Das Ergebnis ist die Fettsucht, die auf dem zunehmenden Mißverhältnis zwischen Kalorienbedarf und Kalorienangebot beruht. Aus der experimentellen Krebsforschung ist bekannt, daß hohe Kalorienzufuhr die Häufigkeit induzierter Tumore steigert. Nach Erhebungen der Landesversicherungsanstalt Württemberg waren bei 10 000 Versicherten in der Gruppe der Heilmaßnahmen 42 % Männer und 56 % Frauen übergewichtig und 20 % der Männer sowie 38 % der Frauen fettüchtig. Dieser Status wirkt sich deutlich auf die Lebenserwartung aus.

### III. Umweltbelastungen

Neben die psychosozialen Belastungen treten die direkten Schädigungen durch die Umwelt. In der Industrielwelt ist der Mensch von einer großen Anzahl toxischer Stoffe bedroht, die über Luft, Wasser und Nahrungsmittel auf ihn einwirken. Daneben bewirkt die Technisierung

der Arbeitswelt und Umwelt auch eine hohe Zahl von Unfällen. Die aus der toxischen Belastung entstehenden Zivilisationskrankheiten und die Unfälle sind ein Maß für die Fehlentwicklung der Zivilisation. Das Wachstumsmodell der Wirtschaft verlangt eine expansive

Warenproduktion und wird daher zu einer steigenden Belastung der Umwelt führen, wenn alles so weiterläuft wie bisher. Es sollen hier nicht die Schadstoffkonzentrationen u. ä. diskutiert werden, weil die Zahlenangaben hierüber schlecht zugänglich und wenig aussagekräftig sind. Vielmehr sollen sogleich die statistisch faßbaren Wirkungen unserer Industrialisierung aufgeführt werden.

Die Zivilisationskrankheiten nehmen ständig zu. Insbesondere Krebs muß als Reaktion auf toxische Belastungen angesehen werden. Gegenwärtig stirbt jeder fünfte an Krebs, 1980 wird es bereits jeder dritte sein. Es findet eine Verlagerung der Krebserkrankungen ins Jugendalter statt. Der Herzinfarkt hat sich zwischen 1966 und 1973 um 14 % erhöht. Leberentzündungen, chronische Bronchitis, Gicht, Sklerosen, Arthrosen, Krampfadern sowie Gebißzerfall nehmen zu und sind bereits im jugendlichen Alter zu beobachten. Auch die Unfälle nehmen zu. Es gibt gegenwärtig pro Jahr etwa 300 000 Giftunfälle, 400 000 Verkehrsunfälle bei steigender Tendenz, während die Zahl der Arbeitsunfälle mit rund 2,5 Millionen einigermaßen konstant bleibt. Nach einer Bundesstatistik hatte 1972 innerhalb von 4 Wochen 1,6 % der Bevölkerung einen Unfall, das sind 960 000 Unfälle in 4 Wochen oder rund 10 Millionen Unfälle im Jahr. 10 bis 15 % der Bevölkerung sind chronisch krank. Nur die Kunst der modernen Medizin hält diese Kranken am Leben. Dies ist aber eine Selbsttäuschung, denn die Medizin vermag die Siechen zwar am Leben zu erhalten, nicht aber gesund zu machen. Trotz dieser medizinischen Kunst sinkt die Lebenserwartung bei Männern bereits wieder ab. Auch die Unfruchtbarkeit ist eine Folge des Zivilisationslebens, und am Geburtenschwund sind nicht nur die Pille und wirtschaftliche Erwartungen schuld. Daneben gibt es erhöhte Raten von Mißbildungen bei Geburten.

Die Belastungen der Bundesbürger bewirken über die im Abschnitt II und hier geschilderten Mechanismen steigendes Siechtum eines steigenden Anteils der Bevölkerung. Daraus kann bereits ein erster Schluß gezogen werden:

Wegen der sozialen Haftung schlagen sich diese Defekte in extrem steigenden sozialen Kosten nieder. Diese betragen allein für Krankheit, Alter, Unfall im Jahr 1975 bereits 150 % des Bundeshaushalts oder 9 200 DM pro Erwerbstätigem im Jahr. Von 12,6 % des Bruttosozialprodukts im Jahr 1960 stieg der genannte Sozialanteil auf 23,1 % im Jahr 1975. Die gesamten Sozialkosten liegen noch erheblich höher. Daß hier ein nicht zu gewinnender Wettlauf zwischen Mittelbereitstellung und Mittelverbrauch vorliegt, zeigen die Steigerungsraten. In sämtlichen Jahren liegen die Steigerungsraten der Sozialkosten erheblich über jenen des Bruttosozialprodukts. Dies bedeutet: *Der gesamtwirtschaftlichen Anstrengung zur Steigerung des Bruttosozialprodukts steht ein ständig sinkender Nettonutzen gegenüber. Da die wirtschaftliche Expansion in keiner Weise mit der ökologischen Sanierung gekoppelt ist, die ökologischen Belastungen im Gegenteil noch steigen, führt der sinkende Nettonutzen diese Anstrengung ad absurdum.*

*Übersteigt die Zahl der physisch oder/und psychisch Umwelt- und Sozialgeschädigten einen gewissen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung, so sind die Gesunden nicht mehr in der Lage, die Soziallasten für die Kranken zu tragen; das Sozial- und Wirtschaftsgefüge des Staates bricht dann zusammen.* In diesem ersten Stadium einer Umweltkrise kommt die Ökokatastrophe nicht spektakulär, sondern schleichend auf den Staat zu.

Man ersieht aus all dem, daß es aussichtslos ist, die Folgewirkungen unserer Lebens- und Produktionsweise durch weiteres Wirtschaftswachstum zu kompensieren.

#### IV. Strukturkrise

In den vorangehenden Abschnitten wurde gezeigt, daß infolge unserer Lebens- und Produktionsweise dem steigenden Bruttosozialprodukt ein sinkender Nettonutzen gegenübersteht. Allein dieser Umstand sollte und muß bereits zu einem Umdenken in unseren bisherigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verfahrensweisen Anlaß geben. Ein Zwang zum Umdenken ergibt sich aber auch aus den zahlreichen und tiefgreifen-

den Schwierigkeiten auf der rein wirtschaftlichen Ebene. Hierzu eine Reihe von Hinweisen: Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung stellt z. B. fest: Bei 4,5 % Wachstum der Wirtschaft sind mittelfristig 1 Million Arbeitslose zu erwarten, da infolge nicht ausgelasteter Kapazitäten das Nachfragewachstum mit dem heute bestehenden Potential zu befriedigen ist. Wachstum bisheriger Art bedeutet also in unserer Situation keine Lösung des Arbeitslosen-

problems mehr. Für den Export hingegen gilt es, daß ohne Exportprämie die Auslandspreise für deutsche Waren zu hoch sind, d. h. der Export funktioniert nur mit Subventionen.

Hinzu kommt, daß wegen der hohen Lohnkosten eine Reihe von Branchen im Inland nicht mehr preisgünstig produzieren kann. Textil- und Bekleidungsfabriken, Photo-, Phono- und Fernsehfabriken wandern aus, da diese Produktion mit einem Drittel der deutschen Produktionskosten im Ausland, z. B. Fernost oder Ostblock, ausgeführt werden kann. Bleiben diese Branchen dagegen im Inland, so müssen sie kräftig rationalisieren. Die anhaltende Investitionsschwäche, verstärkte Rationalisierungsanstrengungen, Abwanderung ins Ausland und ein tiefgreifender Strukturwandel kosteten die deutsche Industrie binnen sechs Jahren ungefähr 1,6 Millionen Arbeitsplätze. Im Saldo schätzt das Kieler Weltwirtschaftsinstitut den Verlust an Arbeitsplätzen zwischen 1975 und 1985 auf 500 000, die Prognos AG Basel auf 1 Million und der Deutsche Gewerkschaftsbund auf 2 Millionen. Dies bedeutet: Bei einem derart tiefen Strukturwandel kann man kurzfristig und langfristig sich nicht auf die Selbstheilungstendenzen der Wirtschaft verlassen. Es muß damit gerechnet werden, daß sich das Wirtschaftswachstum weiter abschwächt, die Konjunkturzyklen an Schärfe zunehmen, die Geldentwertung sich beschleunigt, die Arbeitslosigkeit sich vergrößert, die soziale Sicherheit dahinschwindet.

Um Arbeitsplätze mit entsprechendem Reallohniveau zu beschaffen, ist eine gewaltige volkswirtschaftliche Anstrengung erforderlich. Eine Rationierung der Arbeit genügt nicht. Der Aufschwung von 1950 bis 1965 läßt sich nicht wiederholen. Mit konventionellen Erzeugnissen kann man im Export nicht mehr konkurrieren. Dies wird deutlich am Preisanstieg. Dieser betrug bei deutschen Preisen zwischen 1970 und 1975 113 %, bei japanischen Preisen 51 % und bei den amerikanischen Preisen 40 %. Es werden 2,5 bis 3 Millionen neue Arbeitsplätze benötigt. Bei 150 000 DM Investitionen pro Arbeitsplatz führt dies zu 450 Milliarden Gesamtinvestitionen. Eine Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft für 1977 zeigt eine nicht allzu günstige Einschätzung der Lage. Es werden konjunkturelle Labilität, unbefriedigende Ertragerwartung und gebremste Investitionslust hervorgehoben. Die Chase Econometrics stellt in einer Weltprognosestudie fest, daß eine Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums und ein Rückgang des deutschen Exports zu erwarten ist.

Ein besonders schwer zu überschauender Bereich ist die Rationalisierung durch Automa-

ten. Entscheidend ist das Tempo, in dem sich die zweite industrielle Revolution vollzieht. Es ist so hoch, daß die gesellschaftlichen und sozialen Strukturen nicht folgen können. Abstoppen läßt sich diese Entwicklung nicht. Die Frage ist nur, ob das gesellschaftliche System diesem Prozeß standhalten kann. Aus der für Baden-Württemberg erstellten Studie der Prognos AG folgt: Beim Aufschwung werden zuerst vorhandene Kapazitäten benutzt, nicht neue geschaffen. Rationalisierungsinvestitionen machen die Hälfte des Investitionsvolumens von 1975 aus; es besteht am Binnenmarkt eine Sättigung; es besteht Mangel an verwertbaren Innovationen; es herrscht starke Konkurrenz aus Niedriglohnländern, und der größte Güterbedarf besteht bei Ländern ohne Kaufkraft. Der Bundesverband der Deutschen Industrie weist auf die sinkende Investitionsneigung hin. Im Vergleich mit den Investitionen von 1973 wurden 1976 in Amerika nur 90 % dieses Wertes getätigt, in Japan nur 75 % und in Europa nur 88 %.

Eine weitere äußerst bedenkliche Tatsache ist, daß zugleich immer mehr Klein- und Mittelbetriebe zur Geschäftsaufgabe gezwungen werden. Einerseits können diese Betriebe unter den herrschenden Bedingungen nicht mehr mit Großbetrieben konkurrieren, andererseits wird dadurch eine immer stärkere Abhängigkeit der Gesellschaft von Großbetrieben bewirkt, so daß sich Konjunkturschwankungen in viel stärkerem Maße auf das Beschäftigungsniveau auswirken. Bedenklich ist diese Entwicklung, weil damit bei Rationalisierung, wirtschaftlichem Fehlverhalten oder Abwanderung von Großbetrieben große Beschäftigungslücken entstehen, die ab einem gewissen Umfang vom Staat aufgefüllt werden müssen. Über das Verschwinden der Klein- und Mittelbetriebe wird daher stillschweigend einer Sozialisierung der Wirtschaft der Weg geebnet.

Zusammenfassend muß man feststellen: Die Bundesrepublik steht wirtschaftlich und gesellschaftlich vor folgenden Problemen:

- steigende Rationalisierung und Automaten-einsatz,
- Abwanderung von Industrien in Niedriglohnländer,
- steigende Sozialbelastung,
- nichtausgelastete Kapazitäten,
- mangelnde Innovationsideen,
- Investitionsstagnation,
- Exporterschwerung,
- Dahinschwinden des Mittelstandes durch Konzentration,
- zunehmende Ökosystembelastung.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik nimmt voraussichtlich von gegenwärtig 61 Millionen Einwohnern auf 56 Millionen Einwohner im Jahre 2000 ab, wenn nicht ganz einschneidende Ergebnisse den gegenwärtigen Trend der Geburtenraten beeinflussen. Eine Kompensation dieses Bevölkerungsrückgangs wäre nur durch Einwanderung aus Südeuropa zu erreichen, was viele Probleme aufwirft und zumindest für diesen Zeitraum noch nicht in Betracht gezogen werden soll, da die Bundesrepublik sowieso eine gefährlich hohe Bevölkerungsdichte aufweist. Der Rückgang der Einwohnerzahl zusammen mit einer nahezu vollständigen Ausstattung der Bevölkerung mit sogenannten Wohlstandsprodukten bewirkt eine Stagnation und Sättigung des Binnenmarktes. Wegen der Binnenmarktsättigung müßten die ausgebauten industriellen Kapazitäten vor allem durch Export ausgelastet werden. Im Jahr 1955 betrug das Exportvolumen 25,7 Milliarden DM, im Jahre 1976 rund 250 Milliarden DM, wobei sich in den vergangenen 20 Jahren der Exportüberschuß nahezu verdreifacht hat. Damit verknüpft ist eine rapide Zunahme der Rohstoffimporte. Bei einer Fortführung dieser Tendenz würden daher künftig in der Bundesrepublik bei steigender Energieproduktion immer größere Rohstoffmengen importiert werden müssen, um sie als verarbeitete Fertigwaren in steigenden Exportmengen wieder abzugeben, wobei in der Bundesrepublik ein Verarbeitungsgewinn verbleibt. Dies ist ein wirtschaftliches Vorgehen mit sehr gefährlichen innen- und außenpolitischen Konsequenzen.

1. *Innenpolitisch:* Die angegebenen Exportsteigerungen sind nicht inflationsbereinigt; sie sind daher als Absolutmaß für die Exportabhängigkeit nicht besonders gut geeignet. Hingegen bilden die Energiesteigerungsraten absolute Werte. Von 1970 bis zum Jahr 2000 sollte sich nach den Plänen der Bundesregierung die Primärenergieeinnahme verdreifachen. Nimmt man eine Proportionalität zwischen Energiebereitstellung und Produktion an, so müßte sich in diesem Zeitraum auch die Produktion mindestens verdreifachen. Wegen der Stagnation des Binnenmarktes müßte diese Produktionserhöhung vom Export aufgenommen werden. Gegenwärtig beträgt das Exportvolumen etwa 20 % des Bruttosozialprodukts. Bei nahezu ausschließlichem Abfluß der Zusatzproduktivität in den Export müßte dieser sich ebenfalls vervielfachen und zu einer nahezu vollständigen Abhängigkeit der Wirtschaft von der Auslandsnachfrage führen.

Dies würde zur Vereitelung jeglicher wirtschaftlicher Stabilitätspolitik der Bundesregierung führen, da die Außeneinflüsse immer größer als alle wirtschaftlichen Inneneinflüsse wären, was z. T. gegenwärtig schon der Fall ist, da die der Regierung zur Konjunktursteuerung zur Verfügung stehenden Finanzmittel nur einen Bruchteil desjenigen Finanzvolumens ausmachen, das die Außenabhängigkeit der Wirtschaft betrifft. Zur Vereitelung jeder innenpolitischen Konjunktursteuerungsmöglichkeit kommt hinzu, daß der notwendige Ausbau der Produktionskapazitäten auf eine totale Industrialisierung der Bundesrepublik hinausläuft und die Bundesbürger damit restlos zu Lohnabhängigen gemacht werden. Dies bedeutet aber eine weitere Vergrößerung der heute schon bedrohlichen ökonomischen Abhängigkeit, so daß in einem Krisenfall die Bundesbürger zu einer wirtschaftlich total hilflosen Menge von Menschen würden mit allen daraus resultierenden Konsequenzen.

2. *Außenpolitisch:* Zwar sind Preise und Lieferfähigkeit nach wie vor die Basis der Exporte. Aber das gesamte Exportvolumen hängt heute bei diesen Größenordnungen auch vom konjunkturellen Zustand der Einfuhrländer ab. Die Rezession 1974/75 zeigte erstmals deutlich den Zusammenhang von Export und Auslandskonjunktur. Fast überall trat eine starke Produktionsdrosselung ein. Die Rückwirkung auf den deutschen Export war kräftig. Die Abnahme des realen Bruttosozialprodukts und die Zunahme der Arbeitslosenzahlen war fast vollständig dem Exportrückgang zuzuschreiben. Diese Konjunkturabhängigkeit des Exports ist um so ausgeprägter, als etwa 77,3 % des Exports in die westlichen Industrieländer, aber nur 15,4 % in die Entwicklungsländer, 7 % in den Ostblock und 7,5 % in die Erdölländer gehen. Da die Konjunkturschwankungen in den westlichen Industrieländern synchron verlaufen, schlägt jede Rezession sich ohne Verzögerung im Export nieder, d. h., der Export wirkt nicht als antizyklischer Ausgleich, sondern als Verstärker der unerwünschten Konjunkturzyklen.

Wegen der ungeklärten Finanzlage in vielen Einfuhrländern muß der Export von der Bundesregierung finanziell abgesichert werden. Bereits 1975 wurden auf 12 % der Gesamtausfuhr Ausfuhrgarantien und Bürgschaften gegeben. Dieser Anteil müßte bei weiter steigendem Export mit Sicherheit vergrößert werden. Bei den meisten westlichen Industrieländern gibt es eine bedrohliche Entwicklung

der Handels- und Leistungsbilanzen. Mit Einfuhrbeschränkungen ist zu rechnen, sofern nicht der EWG-Vertrag entgegensteht. Die exportstarken Länder wie die Bundesrepublik und die Benelux-Länder können ihre Defizite noch ausgleichen. Aber es sind enorme Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung vorhanden. Die wachsende Diskrepanz zwischen starken und schwachen Ländern ist eine Zeitbombe für den gemeinsamen Markt, und die Möglichkeiten der Defizitländer, sich weiter zu verschulden, sind nahezu ausgeschöpft.

Bei dem Versuch einer rigorosen Exportsteigerung wird man sich daher auf die Notwendigkeit ebenso rigoroser Geschenkpraktiken einstellen müssen. Diese wurden bis 1973 durch eine Unterbewertung der D-Mark erzwungen und verursacht. Nach Freigabe der Wechselkurse setzen Lieferantenkredite, Direktinvestitionen im Ausland sowie Staatskredite die Exportsubvention fort. Kann ein devisenschwacher Staat seine Schulden nur durch neue Schulden tilgen, dann ist der Kredit in aller Öffentlichkeit verloren. Zwar bedeuten ausgelastete Unternehmen auch gesamtwirtschaftlich einen Vorteil, jedoch ist diese Geschenkpraxis nicht unproblematisch. Durch die Produktion dieser „Geschenke“ wird die Bundesrepublik immer stärker ökologisch belastet. Die Bundesrepublik verschenkt damit nicht nur Arbeitsanstrengung, sondern sie schadet sich auch noch insofern, als sie sich zusätzliche ökologische Schäden einhandelt, statt die Arbeitskraft zur ökologischen Sanierung zu verwenden.

Wenn der europäische Markt derartige Probleme aufwirft, so liegt es nahe, zur Rettung des Expansionsmodells durch kräftige Exportsteigerungen auf die Entwicklungsländer auszuweichen. Gerade rechtzeitig zur Stagnation wurde von den Rohstoffentwicklungsländern der Mangel an Rohstoffen politisch entdeckt und durch Erhöhung der Rohstoffpreise, insbesondere der Ölpreise, wirtschaftlich genutzt. Durch die Erhöhung der Rohstoffpreise wurden zwar faktisch die Produktionskosten und die Warenpreise erhöht, zugleich aber floß und fließt das Kapital in Regionen, die Interesse an der Abnahme der Überschussproduktion haben. Dies bedeutet, daß durch die Erhöhung der Rohstoffpreise eine Vergrößerung des Marktes ermöglicht wurde, die den Stagnationstendenzen entgegenwirkt. Rohstoffentwicklungsländer und Industrieländer bilden daher nunmehr die neue Basis des Expansionsmodells. Im Prinzip wird daher die gesamte bereits als ökologisch unzulänglich und unerträglich erkannte gegenwärtige Technologie in diese Regionen exportiert.

Dies bedeutet:

- ein weiterer Teil der Erdoberfläche wird mit ökologisch untragbaren Methoden „zivilisiert“;
- die Ausbeutung der Rohstoffe wird durch diese Methoden beschleunigt statt verlangsamt;
- der unausweichliche Kollaps des Expansionsmodells wird nur verzögert, trifft aber später um so größere Gebiete.

An der Energieproduktion und der damit verknüpften Energiepolitik kann man ablesen, wohin die wirtschaftliche Reise führt. In der Bundesrepublik wird trotz aller Proteste das nukleare Konzept durchgepeitscht, das eine expansive Energieerzeugung auf Kernenergiebasis beinhaltet. Mit diesem Konzept wird die Bundesrepublik nicht nur gezwungen, sich auf die vielfach unrationelle Verwendung von Elektrizität umzustellen, sondern sie wird auch, in der zweiten Phase, den gefährlichen Brüterreaktoren ausgeliefert, deren Konstruktion noch keineswegs ausgereift ist. Die notwendigerweise immer weiter zunehmende Verwendung von Elektrizität aus zentralen Erzeugungsstätten schafft dann im Verein mit energieintensiven Expansionsindustrien eine immer stärker werdende künstliche Wirtschaftsstruktur, die auf ununterbrochenen Rohstoffnachschub und Abnahme von Fertigwaren von außen angewiesen ist. Nach diesem Konzept wird die Bundesrepublik unausweichlich in eine riesige Industrielandschaft verwandelt. Der Anteil der Stromerzeugung am Gesamtenergieverbrauch soll dabei von etwa 25 % im Jahr 1970 auf etwa 50 % im Jahr 2000 steigen, d. h., die Stromerzeugung soll sich in diesem Zeitraum um 700 % vergrößern, und ein Großteil der Stromerzeugung soll durch Kernkraftwerke gedeckt werden. Zwischen 1960 und 1974 stieg der Wert der Rohstoffimporte um 350 %. Selbst wenn die Zahlen inflationsbereinigt werden, verbleibt noch eine erhebliche Steigerung. Die Ausfuhr stieg zwischen 1960 und 1974 um rund 600 %; sie wurde zum größten Teil durch Fertigwaren bestritten. Der Exportüberschuß in Fertigwaren, d. h. Ausfuhr minus Einfuhr von Fertigwaren, stieg im gleichen Zeitraum um etwa 450 %.

Mit diesem Verfahren läßt sich Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik erzeugen, aber um den Preis, daß die ökologischen Probleme der Bundesrepublik nicht gelöst, sondern durch die zunehmende Industrialisierung im Gegenteil sogar noch verschärft werden. Auch vom politischen Standpunkt aus ist ein solches Wachstum nicht unproblematisch.

Abgesehen von den aus dem Expansionsmodell resultierenden ökologischen Bedrohungen erliegt man einer gefährlichen Illusion, wenn man sich in derartig extremer Weise auf eine funktionierende Weltwirtschaft und einen funktionierenden Welthandel verläßt. Weltwirtschaft und Welthandel sind immer auch mit politischen Zielsetzungen verknüpft. Über Nacht kann der Import von für die Großproduktion unentbehrlichen Rohstoffen verhindert oder der Export von Fertigwaren erschwert werden, wenn es der politischen Absicht ins Kalkül paßt. Dann steht das riesige Räderwerk der verarbeitenden Industrie still und für Millionen beginnt das Chaos, weil im Verlauf der Überindustrialisierung der Bevölkerung der letzte Rest an ökonomischer Selbsterhaltungsfähigkeit genommen wurde. Die Demontage relativ autarker ökonomischer Existenzen in Landwirtschaft, Gartenbau, Handwerk und Kleinhandel wird sowohl durch die wirtschaftliche Konzentration bewirkt als auch rein geographisch durch die ständig steigenden Raumansprüche der Industriensiedlungen, verbunden mit dem baulichen, verkehrsmäßigen und wirtschaftlichen Funktionswandel der industrialisierten Gebiete. Beispiele sind der Oberrhein und die Untertelbe, wo intakte ländliche Gebiete direkt in große Industrieregionen verwandelt werden sollen. In der Bundesrepublik gehen durchschnittlich jede Minute 700 m<sup>2</sup> freies Land durch Bebauung usw. verloren.

Ein anderes Problem, das sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die Unwiderrufbarkeit. Der Ausbau eines Energieversorgungssystems für das Expansionsmodell sowie der Ausbau der zugehörigen Sekundärindustrien bewir-

- eine Festlegung nahezu der gesamten wirtschaftlichen Ertragskraft auf dieses Ziel, und zwar für lange Zeiträume,
- eine nahezu nicht mehr rückgängig zu machende Veränderung der Raumbeanspruchung, Siedlungsstruktur und Landschaftszerstörung,
- eine für lange Zeiträume nahezu nicht mehr beeinflussbare Wirtschafts- und Technologiestruktur.

Dies bedeutet: Die Weiterführung des Expansionsmodells hat zur Folge, daß, je weiter die Entwicklung fortschreitet, um so mehr Optionen verloren gehen. Optionen bedeuten, daß man sich flexibel und zweckentsprechend einer Entwicklung anpassen kann, während der Verlust von Optionen die Auslieferung an das ablaufende Geschehen darstellt.

Um eine Vorstellung von den Wirkungen des Expansionsmodells zu erhalten, sei bemerkt, daß allein der forcierte Ausbau der Kernkraftwerke innerhalb der nächsten zehn Jahre mehrere hundert Milliarden DM als Investition erfordern wird. Wenn derartige Summen nur für ein Teilprojekt des Expansionsmodells aufgebracht werden müssen, so hat dies zur Folge, daß sich an diesen Aufgaben die Finanzkraft erschöpft und daneben für andere Aufgaben kein Geld mehr zur Verfügung steht, selbst wenn sie die Lebensqualität in weit höherem Maße anheben würden. Zudem beansprucht der weitere Ausbau der Industrialisierung im Expansionsmodell auch Raum, schafft Siedlungsverdichtungen und zerstört Landschaft, und es wird wohl von niemandem bestritten, daß auch dies nahezu irreversibel ist.

Ein Beispiel für die Festlegung der Wirtschaftsstruktur bietet heute schon die Automobilindustrie. Obwohl das Auto in der unwirtschaftlichsten Weise Energie verschlingt, obwohl es in der heutigen Situation bezüglich des tolerierbaren Pro-Kopf-Energieverbrauchs einen Luxus darstellt, obwohl es die Umwelt verseucht und zu schrecklichen Unfallbilanzen führt, vermag niemand gegen diese Wachstumsindustrie vorzugehen. Es hängen 6 Millionen Arbeitsplätze davon ab. Deshalb ist das Auto wirtschaftlich lebensnotwendig, obwohl es in seiner heutigen Form uns partiell umbringt. Die ökologische Sanierung dieses Industriezweiges wird noch lange auf sich warten lassen, und deshalb beeinflusst diese Industrie in ihrer schädlichen Form wahrscheinlich insgesamt ein rundes Jahrhundert unsere Wirtschaftsentwicklung.

Die weitere Entwicklung des Expansionsmodells wird Zwänge schaffen, die uns ähnliche Zeiträume abfordern werden. Andererseits zeigen die dynamischen Systemstudien, daß so lange Zeiten für Anpassungsvorgänge in Zukunft wohl kaum noch verfügbar sein dürften.

*Das aus den genannten Gründen begünstigte Wirtschaftswachstum führt daher zu einer Entwicklung, deren Sekundärprobleme schlimmer sind (oder sein können) als die zur Lösung anstehenden Primärprobleme. Aber nicht nur dies: Es wird mit diesem Wachstumsmodell nicht einmal gelingen, sämtliche Primärprobleme zu lösen. Es gibt zahlreiche Anzeichen dafür, daß die steigenden Soziallasten und Staatsausgaben eng mit dem gegenwärtig bereits bedrohlichen ökologischen Zustand unserer Industriegesellschaft zusammenhängen. Wenn man versucht, diese Probleme nur mit einem finanziellen Pflaster zu-*

zudecken und die Mittel dafür aus einer weiteren Entwicklung in die falsche Richtung zu gewinnen, so würden die sozialen Kosten, die durch eben diese Entwicklung verursacht

werden, den gewonnenen Mitteln davonlaufen. *Der Wettlauf zwischen Mittelbereitstellung und Strukturdefektkosten geht mit Sicherheit zuungunsten des Wachstums aus.*

## VI. Globalentwicklung

Dem Beispiel der Industrienationen folgend, treten die Völker der Welt an, um in einem bisher unbekanntem Ausmaß Technik und Wissenschaft wirtschaftlich und militärisch für sich zu nutzen. Eine der ersten globalen Auswirkungen der Anwendung von Technik und Wissenschaft war der Anstieg der Geburtenraten, der gegenwärtig in weiten Teilen der Welt noch immer anhält. Von Bevölkerungsprognostikern wird geschätzt, daß bei etwa 12—15 Milliarden Menschen ein Wachstumsstillstand der Weltbevölkerung eintritt. Es soll hier nicht darüber diskutiert werden, ob eine solche Größe der Weltbevölkerung auch wirklich erreicht werden kann. Jedenfalls ist eines klar: Der einmal in Gang gesetzte Prozeß schafft auch gewisse Entwicklungszwänge. Selbst bei einer geringeren Bevölkerungszahl, als der angegebene Schätzwert vorhersagt, ist eine Lebensmöglichkeit der Weltbevölkerung nur dann gewährleistet, wenn zugleich eine hinreichende Industrialisierung durchgeführt wird.

Zur Zeit beträgt die Weltbevölkerung etwa 4 Milliarden Menschen. Rund 1,5 Milliarden leben in Regionen, die so durchindustrialisiert sind, wie man sich den industriellen Sättigungszustand für eine stationäre Weltbevölkerung vorstellt. Sollten sich die gestellten Prognosen verwirklichen, so müßte sich demnach — grob abgeschätzt — die gegenwärtig vorhandene industrielle Kapazität verzehnfachen. Es ist wohl bekannt, daß die Industrialisierung in der bisherigen Form bereits zu schweren ökologischen Defekten führt. Diese sind nicht nur lokaler Natur, sondern sie sind global, d. h., sie wirken auf den gesamten Lebensraum, der auf der Erde zur Verfügung steht, und es ist kaum daran zu zweifeln, daß bei einer Vervielfachung der Produktion und der daran geknüpften ökologischen Auswirkung eine radikale biologische Existenzbedrohung die Folge ist. Technik und Wissenschaft werden daher zu Schicksalsproblemen der Zivilisationswelt. Wenn es eine zivilisatorische Zukunft geben soll, so geht es nicht ohne Technik und Wissenschaft, andererseits ist gerade diese zivilisatorische Zukunft durch die gegenwärtige Form der Anwendung von Technik und Wissenschaft radikal bedroht.

Die Industrienationen weisen bereits stationäre oder nur schwach wachsende Bevölkerungszahlen auf. Sie sind daher von der Wachstumsproblematik der Weltbevölkerung nicht direkt betroffen. Sie können aber, ganz abgesehen von den politischen Beziehungen, nicht so tun, als ginge sie das ganze Problem nichts an. Sie müssen sich klar darüber sein, daß ihre wirtschaftlichen, technischen und sozialen Verfahren exportiert, importiert und kopiert werden und damit weltweite Verbreitung finden. Wirtschaftlich, technisch und sozial gehandelt werden muß in den Industrieländern daher mit dem Blick auf das Ganze. Dieser Standpunkt ist um so notwendiger, als in den Industrienationen selbst die ökologischen Folgen verfehlter Techniken und damit verknüpfter wirtschaftlicher und sozialer Verhaltensweisen bereits zu schweren lokalen ökologischen Defekten führen. *Daraus folgt: Sowohl zur Bewahrung ihrer unmittelbaren Existenz als auch zur Absicherung dieser Existenz im globalen Zusammenhang müssen die Industrienationen lernen, ökologisch einwandfrei zu wirtschaften. Da die meisten Techniken, wenn sie einmal wirtschaftlich weitgehend verbreitet sind, sehr schwer modifiziert werden können, muß die ökologische Kritik bereits vor ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Einführung erfolgen.*

Die Dringlichkeit dieser Aufgabe wird klar, wenn man sich den Umfang der bereits angerichteten Schäden und ihre weitere Tendenz vergegenwärtigt. Seit der Einführung technischer Prozesse in die Kulturentwicklung erfolgt in beschleunigtem Maße eine fast vollständige Nutzung des Lebensraumes durch wirtschaftliche Inanspruchnahme. Das konnte man sich in den Industrieländern nur leisten, weil in der Welt noch genügend ökologische Ausgleichsflächen vorhanden waren, so z. B. die Regenwaldgürtel der Tropen, die Ozeane, die Lufthülle und die Gewässer. Der Bestand dieser Ökosysteme ist in höchstem Maße bedroht.

Auf der Stockholmer Umweltkonferenz wurde von den Entwicklungsländern eindeutig ausgesagt, daß sie die Zerstörung ihrer Natur je nach Notwendigkeit in Kauf nehmen wollen, um sich zu entwickeln. Dieser Entwicklungs-

prozeß schreitet auf der ganzen Welt mit ungeheurer Geschwindigkeit voran. So geht in jedem Jahr mehr Land durch Verwüstung verloren als Land durch Kultivierung hinzugewonnen wird. Auf der Welt gibt es noch 41 Mill. km<sup>2</sup> Wald. Doch ungefähr 100 000 km<sup>2</sup> gehen jährlich verloren, weil der Boden urbar gemacht wird. Mit den verwendeten Erschließungsmethoden verkarstet aber nach wenigen Ernten das Land. Von 1882 bis 1952 vergrößerten sich die Wüsten und wüstenähnlichen Gebiete der Erde von 11 Mill. auf 26 Mill. km<sup>2</sup>, also um 140 %, während sich das vorhandene Brachland von 18 Mill. auf 2,7 Mill. km<sup>2</sup> verminderte.

Auf Verwüstung ausgerichtet ist auch die Behandlung, die die zivilisierte Welt den Ozeanen und Gewässern sowie der Lufthülle zuteil werden läßt. Durch die Produktion von Nährstoffen und von Sauerstoff stellen die Ozeane im ökologisch einwandfreien Zustand eine schier unerschöpfliche Quelle für die Nahrungsmittelversorgung und ein unentbehrliches System im Sauerstoffkreislauf der Natur dar. Aber die Ozeane werden zur Müllkippe für alle erdenklichen Abfälle gemacht. Allein an Öl gelangen etwa 10 Mill. t in die See. Gleiches gilt für die Lufthülle, die ersichtlich ebenso unentbehrlich für das Leben

ist wie das Wasser. Im Jahre 2000 wird um 30 % mehr CO<sub>2</sub> in der Luft erwartet als im Jahre 1860. Dies hat klimatische Auswirkungen und führt u. a. auf eine Erhöhung der mittleren Temperatur der Atmosphäre mit möglicherweise katastrophalen Auswirkungen. Auf den Kontinenten selbst verbreiten sich weltweit giftige Chemikalien aus Industrie und beim Einsatz in der Landwirtschaft. Eine ökologische Sanierung ist daher unausweichlich. *Mit ihren größeren ökologischen Kenntnissen müssen die Industriestaaten in der ökologischen Sanierung beispielhaft vorgehen, und im Export dürfen nur ökologisch einwandfreie Produkte an die Entwicklungsländer abgegeben werden.* Die gegenwärtige Energie und Rohstoffe verschwendende Industrieproduktion ist daher in globaler Hinsicht sowohl ökologisch als auch kommerziell völlig falsch orientiert. In Zukunft müssen sich die Industrienationen auch aus wirtschaftlichen Gründen auf diese veränderte Situation einstellen. Dies bedeutet für die Bundesrepublik: *Wenn im Export Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung und Stabilisierung gesucht werden, so ist die entscheidende Frage, was exportiert wird: Güter, die in letzter Konsequenz zum ökologischen Ruin beitragen, oder solche, die diesen Ruin vermeiden helfen.*

## VII. Bevölkerungsentwicklung

Die Statistiken zeigen, daß die Bundesrepublik in absehbarer Zeit ihre „soziale Grenze“ erreichen wird, wo der erwerbstätige Teil der Bevölkerung die Soziallast nicht mehr tragen kann. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, daß nicht nur die Sozialkosten exponentiell steigen, sondern daß zugleich das wirtschaftliche Expansionsmodell auf zunehmende Schwierigkeiten stößt, d. h. die Finanzierungskraft sinkt, und daß nach einer hektischen Expansion die Bevölkerungszahl wieder abnimmt. Dadurch öffnet sich die Schere zwischen Ansprüchen und deren Befriedigungsmöglichkeit immer stärker. Die wirtschaftliche Problematik wurde bereits ausführlich diskutiert. Wir untersuchen hier kurz die Problematik der Bevölkerungsentwicklung. Derzeit gibt es 57,9 Millionen Bundesbürger, die übrigen der insgesamt 61,6 Millionen Einwohner sind Ausländer. Wenn sich der Geburtenrend wie in den letzten zehn Jahren fortsetzt, dann sind nach Schätzungen im Jahr 2000 noch 52,2 Millionen und im Jahre 2030 noch 39 Millionen deutsche Bundesbürger vorhanden. Es wäre kurzfristig, diese Entwicklung etwa

durch Rücknahme der Abtreibungsmöglichkeiten verhindern zu wollen. Denn es ist untragbar, Frauen zu nicht gewollter Mutterschaft zu zwingen, und zwar sowohl aus rechtlichen, humanitären wie auch aus sozialen Gründen, da unerwünschte Kinder im allgemeinen psychischen Belastungen bei der Erziehung ausgesetzt sind, die sie stark gefährden. Ebenso wenig hat es Sinn, Ehen durch Scheidungsgesetze zu zementieren. Eine adäquate Deutung des Problems muß vielmehr von der gesamten zivilisationsökologischen Situation ausgehen, d. h., auch dieses Problem ist nicht monokausal zu sehen, sondern hat komplexe Ursachen. Das Problem würde eine ausführliche Diskussion benötigen. Hier seien dagegen nur einige Tatsachen angegeben, die auf diese Komplexität hinweisen sollen. Sieht man die gesamtökologische Situation als Ursache für die Größe der Geburtenrate an, so sind in dieser Hinsicht in der Bundesrepublik folgende Tatbestände wirksam, die die Geburtenrate mindern:

— Infolge der geopolitischen Lage der Bundesrepublik und infolge ihrer Grenzlage an

den Machtblöcken ist die Bevölkerung einem psychologischen Zermürbungsdruck ausgesetzt. Die totale Schutzlosigkeit der Zivilbevölkerung bei militärischen Auseinandersetzungen sowie die jahrzehntelangen politischen Spannungen bewirken das unbewußte Entstehen von Zukunftsangst.

— Die Industriegesellschaft ohne ökologische Sanierung zerstört die biologischen Voraussetzungen für die Existenz gesunder Menschen. Durch die biologisch wirksam werdenden Umwelteinflüsse ist die Bevölkerung einem ständigen biologischen Verschleiß unterworfen. Der Sog in die Ballungsräume wird von weiten Bevölkerungskreisen mit Einbußen an Freiheit und Gesundheit — seelisch wie körperlich — bezahlt.

— Die Industriegesellschaft ohne ökologische Sanierung zerstört auch die psychologischen Voraussetzungen für die Existenz gesunder Menschen. Der ständig wirkende Streß in Ballungsgebieten, das Übersättetwerden mit psychologisch desintegrierender Information bewirken einen psychischen Verschleiß mit allen Folgen.

— Sowohl durch die biologischen und psychologischen Umwelteinflüsse als auch durch die Suchtausbreitung werden die künftigen Generationen bereits im Mutterleib genetisch und pränatal geschädigt. Rauchen, Alkohol,

Streß usw. bewirken Unfruchtbarkeit und eine steigende Zahl von Mißbildungen.

— Die Emanzipationsbewegung der Frauen ist dem Beruf der Mutter teilweise abträglich, weil sie die männliche Lebensweise zu imitieren sucht. Gesamtgesellschaftlich ist der Beruf der Mutter unterbewertet, da Mutter zu sein in der Industriegesellschaft gleichbedeutend mit gehindert sein ist. Gehindert sein am Erwerbsleben und am sozialen Aufstieg sowie am Ausleben.

— Unter den gegenwärtigen Steuergesetzen wird die Frauenarbeit in der Industrie begünstigt, die Erziehungsarbeit der Mütter bestraft. Kinder aufzuziehen heißt, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. Ferner bestrafen die Steuergesetze die finanziellen Beiträge Geschiedener für den Unterhalt der Restfamilie. Damit wird nicht die Familie gefestigt, sondern es wird Ehe- und Kinderfeindlichkeit geradezu provoziert, weil die für Unterhalt und Kindererziehung ausgegebenen Beträge steuerlich zum Zwangsmittel umfunktioniert werden.

— Durch unzureichende Erziehung und Betreuung wächst eine bereits neurotisch belastete Generation nach, die es ihrerseits noch schwerer haben wird, Familien zu gründen und Kinder zu erziehen.

## VIII. Politische Folgerungen

Um aus den vorangehenden Erörterungen politische Folgerungen ziehen zu können, sollen die wesentlichen Ergebnisse und die daraus resultierenden Fragestellungen zusammengefaßt dargestellt werden.

Wir beginnen mit dem Expansionsmodell der Wirtschaft. Bei der Fortführung dieses Modells hat man folgendes zu erwarten:

— Wegen Sättigung des Binnenmarktes mit konventionellen Wohlstandsprodukten muß das weitere Wachstum vornehmlich durch den Export bestritten werden. Steigende Schwierigkeiten mit dem Export sind aber absehbar.

— Weiteres Wachstum erzwingt eine immer künstlichere Wirtschaftsstruktur mit steigender Abhängigkeit aller von allen und steigender Importabhängigkeit von knapp werdenden Rohstoffen. Je weiter man dieses Modell verwirklicht, um so schwerer ist es, von ihm wegzukommen, selbst wenn es sich als zwingend notwendig erweist.

— Das bisherige Wachstum hat zu schweren ökologischen Schäden sowohl im biologischen als auch im sozialpsychologischen Bereich geführt. Ein weiteres Wachstum würde den Druck in diese Richtung verstärken.

— In die Bruttosozialproduktrechnung gehen auch die Leistungen für die Strukturdefekte ein und bilden darin einen immer größeren Anteil. Das Bruttosozialprodukt ist daher für die Beurteilung der durch das Wirtschaftswachstum bewirkten Wohlstandsvermehrung völlig ungeeignet, da es nur eine kritiklose Summierung heterogener Güter und Leistungen darstellt, die ökologisch, d. h. zukunftsorientiert betrachtet, gut, neutral oder schlecht sein können.

— Selbst bei 5 % Wirtschaftswachstum kann voraussichtlich die Arbeitslosenzahl nicht unter 1 Million gedrückt werden. Bei insgesamt sinkender Bevölkerungszahl und bei starken Verzerrungen der Bevölkerungspyramide besteht keine Klarheit, zu welchen Konsequenzen das Wachstum führt.

— Das Wachstum soll durch Energiebereitstellung ermöglicht und angeregt werden, wogegen die weitere wirtschaftliche Entwicklung den Kräften des Marktes überlassen wird. Es gibt aber zahlreiche Hinweise darauf, daß in der Bundesrepublik industrielle Strukturschwächen vorliegen, die wahrscheinlich nicht durch die Kräfte des Marktes beseitigt werden können.

*Diese Hinweise mögen verdeutlichen, daß es gegenwärtig nicht mehr ausreicht, die Wachstumsstrategie dadurch zu begründen, daß man Erhaltung und Mehrung des Wohlstandes anstrebt. Denn es erhebt sich bei dieser sehr komplexen Situation zwingend die Frage: Was ist Wohlstand?*

Die Diskussion über die Problematik eines andauernden Wirtschaftswachstums wird bereits seit mehreren Jahren intensiv geführt. Als politische Phrase allgemein bekannt geworden ist hierbei das Nullwachstum. Der entscheidende Nutzen der Wachstumdiskussion liegt jedoch nicht in der Präsentation einer solchen Extremposition, sondern in der viel maßvolleren und zweckmäßigeren Unterscheidung zwischen Bruttowachstum und Nettowachstum. Diese Unterscheidung wäre geeignet, einen stetigen Übergang von der jetzigen Industriegesellschaft in eine ökologisch sanierte Industriegesellschaft zu ermöglichen. Von dieser Unterscheidung ist jedoch in die praktische Politik und in das wirtschaftliche Verhalten noch nichts eingegangen. Durch diese unzureichende Wachstums-„Ideologie“ wird aber die ökologische Bedrohung der Bundesrepublik zunehmend verschärft. Es kann daher für eine weitsichtige Politik letztlich überhaupt keinen Grund geben, weshalb der Nettonutzen des Wachstums nicht zum Indikator erfolgreicher Wirtschaftspolitik gemacht werden sollte.

*Als Bezugsrahmen, innerhalb dessen sich eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu bewegen hat, wurde bisher das sogenannte magische Dreieck angesehen, das durch die Eckpunkte Vollbeschäftigung, Preisstabilität sowie Zahlungsbilanzausgleich gekennzeichnet wird. Im Sinne der Optimierung des Nettonutzens muß zukünftig dieses magische Dreieck mit dem Schwerpunkt „Ökologische Sanierung“ versehen werden, d. h., der Nettonutzen muß das Zentrum der wirtschaftlichen Bemühungen sein, sonst wird alles sinnlos.*

Die Frage ist, wie ist dies zu erreichen? Die Antwort darauf: Es geht nur, wenn der einzelne Bürger lernt, Ökologie zu konsumieren. Dies wird nur gelingen, wenn die Politik die Weichen in diese Richtung stellt, d. h., es

muß eine rigorose Umweltpolitik betrieben werden. Diese Politik hat als Konsequenz u. a. eine Konsumorientierung und eine Wirtschaftsbelebung. Ihre hauptsächliche Tendenz ist die Neuerschließung des Binnenmarktes, die Wohlstandserhaltung, die Verminderung der ökologischen Belastung, die Verminderung der Außenabhängigkeit, die Stärkung des Mittelstandes.

Es ist zu erwarten, daß eine ökologische Sanierung der Wirtschaft und unseres gesellschaftlichen Lebens zu einer äußerst vielfältigen wirtschaftlichen Belebung sowie zur Sinn-erfüllung der Gesellschaft führen könnte und daß daraus auch verstärkte ökonomische Unabhängigkeit sowie eine geistige Unabhängigkeit durch Einsicht resultieren würde. *Die ökologische Sanierung und Adaption muß daher als eines der wesentlichen Mittel demokratischer Politik betrachtet werden, mit dem die Existenz und die Freiheit der Bundesrepublik gesichert werden kann.*

In meinem Buch „Leben und Überleben“ wurde auf zahlreiche Verhaltens- und Zustandsformen des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens hingewiesen, die eine erfolgreiche Anpassung an die Probleme der Industriegesellschaft verhindern. Sie sollen hier nochmals kurz zusammengefaßt werden. Wenn man anstrebt, diese Schwächen zu beheben, so ergeben sich daraus auch konkrete Hinweise für die politische Arbeit, und zwar sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch.

#### *Innenpolitisch:*

— Die für die Anwendung kybernetischer Systemanalysen notwendige Ausbildung der Politiker ist nicht vorhanden.

— Der allgemeine Ausbildungszustand der Bevölkerung erlaubt es ihr nicht, naturwissenschaftlich motivierte Systemanalysen zu erfassen und damit Einsicht in drohende Gefahren sowie in die Notwendigkeit auch von einschneidenden politischen Entscheidungen zu gewinnen.

— Die Ausbildungsziele sind nicht auf die Bewältigung der Problematik der Industriestaaten ausgerichtet.

— Die notwendige intellektuelle Breitenbildung wird verhindert durch die wirtschaftlichen Ansprüche, die mit der Ausbildung verkoppelt werden.

— Die prognostische Forschung ist unterentwickelt.

— Die bisherige Form der Steuergesetzgebung ist nicht besonders für die Durchfüh-

— rung von Gemeinschaftsaufgaben und für ökologische Sanierungsmaßnahmen geeignet.

— Die bisherige Wirtschaftsform erzwingt die Tendenz zu dauerndem Wachstum.

— Es gibt keine oder zu wenig Kontrollen, um das Auswuchern der Produktion in ökologisch gefährliche Richtungen zu verhindern.

— Die Werbung hat die Tendenz, alle Hemmungen abzubauen.

— Ein Teil der Presse arbeitet aus Geschäftsgründen mit Sensationsmeldungen und bewirkt eine steigende Hysterie.

— Die demokratischen Grundrechte werden falsch interpretiert bei der Ausnutzung von Freiheiten, die zur Zerstörung, Selbsterstörung sowie Ausbeutung von Natur, Einzelmensch und Gesellschaft führen.

— Die Gefälligkeitsdemokratie läßt die finanziellen Mittel in zahllose Kanäle versickern, um mit Pseudoleistungen zu beeindrucken, anstatt die Mittel auf Großprojekte zu konzentrieren.

— Durch die hohe Industriedichte in der Bundesrepublik sind die Schadstoffkonzentrationen sehr hoch und bewirken akute Gefährdungen.

— Durch die angestrebten Wachstumsraten werden die Schadstoffbelastungen noch erhöht, da am Wachstum vor allem umweltfreundliche Industrien beteiligt sind.

— Theorien zur Stabilisierung der Wirtschaft ohne Wachstumsraten werden nicht entwickelt. Die bisherigen volkswirtschaftlichen Wachstumstheorien sind sowohl ökonomisch als auch ökologisch unzureichend.

— Anstelle der Diskussion der existenzwichtigen innen- und wirtschaftspolitischen Strukturprobleme wurden jahrzehntelang unzulängliche politische Konzepte diskutiert.

(ausführliche Erläuterungen finden sich im Buch *Leben und Überleben* Kap. 7)

— Die politische Diskussion ist nicht offen, weil sofort gewisse Tabus aufgestellt werden, die nicht verletzt werden dürfen und damit eine echte Lösung des Problems verhindern.

— Die Schwerpunkte der Forschungspolitik wurden in falschen Richtungen angesetzt.

— Die Massenproduktion ist zu erfindungsarm und überdimensioniert.

— Die Bundesbürger verschleudern einen großen Teil ihrer Einnahmen mit Suchtmitteln und ruinieren sich selbst sowie durch die Folgelasten die Gesellschaft.

— Durch die Hysterie des Konsumlebens sind die Bundesbürger hochgradig psychologisch instabil.

— Die heranwachsende Jugend ist durch das maßlose und unvernünftige Verhalten der Erwachsenen außerordentlich gefährdet.

— Die Enthemmung hat Kriminalität und Brutalisierung zur Folge.

### Außenpolitisch

Wegen der schrecklichen Folgen für die Zivilisation und wegen der äußerst ungünstigen strategischen und geopolitischen Lage der Bundesrepublik muß das Hauptziel der Außenpolitik in dem Versuch bestehen, einen Beitrag zur Verhinderung eines militärischen Konflikts zwischen den Großmächten zu leisten.

— Eine wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen Außenpolitik liegt in der innenpolitischen Stabilisierung der Bundesrepublik nach ökologischen Gesichtspunkten. Ein Staat der Kranken und Siechen, wie es die Bundesrepublik zu werden droht, ist außenpolitisch eine Herausforderung zur Verschiebung des Kräftegleichgewichts und damit ein Element der Instabilität.

Um den Staat vor außenpolitischem Druck abzusichern, muß ein der militärischen Verteidigung gleichwertiges Zivilschutzprogramm durchgeführt werden. Um ferner den Staat vor unerwünschten außenpolitischen Abhängigkeiten zu bewahren, muß ein Autarkieprogramm im zivilisationsökologischen Sinne durchgeführt werden.

— Die Außenpolitik muß ferner vorrangig internationale Vereinbarungen über die zivilisationsökologisch erträgliche Benutzung und Belastung der kollektiven Güter wie Luft, Wasser, Flora und Fauna sowie Rohstoffe anstreben.

— Die Hilfe für die Entwicklungsländer darf nur mit industriellen Methoden geschehen, die zivilisationsökologisch einwandfrei sind.

— Ideelle Grundlage der Außenpolitik sollte der Versuch sein, in der Bundesrepublik eine Lebensform zu entwickeln, die den zivilisationsökologischen Forderungen genügt und als Modell den Weg zur Lösung der zivilisationsökologischen Probleme aufzeigt.

Nach der Diskussion dieser Fakten kann eine kritische Würdigung des Berichts der Kommission folgendermaßen gegeben werden: Die Kommission hat in einer umfangreichen Analyse auf zahlreiche Schwachstellen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Verfahrensweisen in der Bundesrepublik hingewiesen und konstruktive Schritte zur Abhilfe angegeben. In dieser Analyse liegt das außerordentliche Verdienst der Kommissionsarbeit. Weniger überzeugend hingegen ist das Konzept der gestalteten Expansion, denn die angegebene Kritik der Verfahrensweisen führt mehr zu einer Optimierung der Rahmenbedingungen als zu einer inhaltlichen Erfüllung dieses Konzepts. Nach den hier angeführten Argumenten wird es aber für die zukünftige Entwicklung der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung sein, daß die gestaltete Expansion auch inhaltlich schärfer definiert wird.

*Vergleicht man abschließend die Bedeutung der diskutierten Probleme für die weitere Sicherung der Existenz der Bundesrepublik, so muß man feststellen, daß neben einem (selbstverständlichen und hier nicht zur Debatte stehenden) Beitrag zur Friedenssicherung die Umstrukturierung der Wirtschaft auf eine ökologisch einwandfreie Wirtschaftsform und*

*die Verhinderung eines weiteren Anwachsens des Siechtums in körperlicher und geistiger Hinsicht die fundamentalsten Aufgaben sind, die sich uns stellen. Beiden Aufgaben ist gemeinsam, daß sie nicht von außen erzwungene schicksalhafte Gegebenheiten darstellen, sondern daß sie im Sinne der Aufklärung durch selbstverschuldete Unmündigkeit verursacht sind. Zu ihrer Lösung wird primär ein geistiger und seelischer Aufschwung der Bundesbürger benötigt, d. h. etwas, wozu beizutragen jeder einzelne Bürger aufgerufen und verpflichtet ist.*

*Bei der politischen und gesellschaftlichen Durchführung dieser Aufgaben kann das Kommissionsgutachten einen wertvollen Beitrag für konkrete Detailaufgaben liefern. Es wäre aber unzureichend und gefährlich, wenn allein dieses Gutachten als Grundlage politischer Arbeit verwendet würde und wenn die politische Arbeit nicht die hier angeführten grundlegenden Probleme berücksichtigen würde.*

## **Bernd-Peter Lange: Neue Medien — alte Probleme? Politische Weichenstellungen für die Zukunft der Kommunikation**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/77, S. 3—23

Die Fragen nach der Sicherung von Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt in der Bundesrepublik Deutschland gehen weit über die Probleme der privatwirtschaftlichen Struktur und Konzentration im Pressewesen hinaus. In den nächsten 20 Jahren können eine Reihe vielfältiger neuer Dienste technisch vermittelter Kommunikation realisiert werden, die hier in ihrer technologischen Ausgestaltung, ihren Nutzungsmöglichkeiten und organisatorischen Rahmenbedingungen vorgestellt und diskutiert werden. Diese neuen Kommunikationsformen werden zu Strukturveränderungen im gesamten Medienbereich führen. Die politischen Weichenstellungen, die jetzt erfolgen, werden — u. a. durch die Ausgestaltung der Dienstleistungen der deutschen Bundespost (Infrastruktur der technischen Kommunikationssysteme) und durch die Festlegung der Organisationsformen für die Programmangebote (privatwirtschaftlich oder öffentlich-rechtlich oder Mischformen) — darüber entscheiden, ob in Zukunft in den technisch vermittelten Kommunikationsprozessen mehr aktive Mitgestaltung für die Bürger in allen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht wird. Die Forderungen der Bundesregierung, „daß die Unabhängigkeit der publizistischen Medien vom Staat oder einer gesellschaftlichen Gruppe und die Meinungsvielfalt nicht nur ungeschmälert erhalten, sondern eher noch gestärkt werden“ müssen, sind in diesem Sinne weiter zu präzisieren und in die Tat umzusetzen.

## **Harald Stumpf: Ein Wachstumskonzept und seine Grenzen. Zum Bericht der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/77, S. 24—39

Der Beitrag nimmt zu dem im Bericht der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel entwickelten Konzept für eine „gestaltete Expansion bei Vollbeschäftigung“ Stellung. (Eine zusammenfassende Darstellung dieses Berichtes erschien in dieser Zeitschrift als Folge 18/77). Der Autor stimmt der Situationsanalyse der Kommission weitgehend zu, hält sie aber nicht für ausreichend, da zentrale zivilisationsökologische Probleme, ohne deren Einbeziehung eine langfristig orientierte Politik nur Stückwerk bleiben müsse, nicht voll aufgenommen und aufgearbeitet worden seien. Zu nennen sind hier zunächst negative psychosoziale Faktoren, die auf den Bundesbürger — zumal in den Ballungsräumen — einwirken, ferner die unmittelbaren Schädigungen durch die Industriewelt. Diese Defizite schlagen sich in extrem steigenden sozialen Kosten nieder, mit der Folge, daß der gesamtwirtschaftlichen Anstrengung zur Steigerung des Brutto-sozialprodukts ein ständig sinkender Nettonutzen gegenübersteht, der die Wachstumsbemühungen zunehmend durchkreuzt. Bewirkt demnach Wachstum bisheriger Art schon erhebliche sekundäre Übelstände, so vermag es überdies angesichts der komplexen Strukturkrise selbst manche ökonomischen Probleme, die bislang auf diese Weise angebar waren, nicht mehr zu lösen (z. B. rechnet man bei einem Wachstum von 4,5 % mittelfristig mit einer Arbeitslosigkeit von rd. einer Million). Das Expansionsmodell durch weitere kräftige Exportsteigerungen retten zu wollen, erweist sich nach Ansicht des Autors auf längere Sicht ebenfalls als abwegig, weil — abgesehen von der zunehmenden, auch politischen Auslandsabhängigkeit der Bundesrepublik und der damit verbundenen Abstumpfung der wirtschaftspolitischen Steuerungsinstrumente — der Kollaps dieses Modells nur verzögert, später aber um so größere Gebiete treffen würde; ökonomisch und ökologisch. Aus ähnlichen Gründen kommt der Autor auch zu einem negativen Urteil über die forcierte Expansion des Energieangebots (Nuklearkonzept). All dem gegenüber stellt der Autor die Forderung auf, daß die Industrienationen zur Wahrung ihrer Existenz, aber auch zu deren Absicherung im globalen Zusammenhang lernen müssen, in der ökologischen Sanierung beispielhaft voranzugehen. Dabei sollten indessen keine Extrempositionen eingenommen, sondern eine maßvolle Politik angestrebt werden, die das Prinzip des Nettonutzens des Wachstums in den Mittelpunkt der Bemühungen um wirtschaftliche Belebung, Stabilität und recht verstandenen Wohlstand rückt. Um diesen Zielen entsprechende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Steuerungsmöglichkeiten zu schaffen, ist u. a. eine umfassende Weiterentwicklung und Anwendung kybernetischer Systemanalysen unerlässlich.